Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Kilzringhaus, Berlin.
Sprechzeit: Nur Dienstag 4126/4128

Anschrift für Verlag und Geschäftsleitung: Berlin SW 61, Zietenstrasse 6
Drahtanschrift: Sozialdienst

Die Zustellung erfolgt im Geldpreis.
Der Bezug ist nur auf Grund bestimmter Bestellung gestattet. Bestellung kündigt 4 Wochen vor dem Quartalsschluss, wenn nicht gleich zum Quartalsschluss. Gerichtsstand für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 10. Mai 1932.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Strauchelnde Ministerkandidaten.

SPD. Noch sechs Stunden brachten es am Dienstag die Nationalsozialisten über sich, ihre Roheit und Hemmungslosigkeit durch das Schauspielern von Disziplin zurückzudrängen. Dann war es aus. Die Rede, die der frühere Fliegerhauptmann Göring gegen das Verbot der SA und SS hielt, war eine einzige Lümmelei. Als dann der Minister Groener antwortete, unterbrach ihn die nationalsozialistische Fraktion hinter jedem Satz. Göring verlor alle Selbstbeherrschung. Immer wieder musste ihm der sehr geduldige Vizepräsident Esser die Ausweisung androhen. Immerhin konnte Minister Groener seine Rede zu Ende bringen. Dann aber flog die Sitzung unter wüsten Lärmszenen auf. Gregor Strasser beantragte nämlich, das Reichskabinett möge sich sofort schlüssig werden, ob "dieser Mann noch weiter die Sicherheit des Landes und die öffentliche Ordnung gefährden dürfe". Wegen dieser ungeheuerlichen Beschimpfung eines Reichsministers verhängte der Vizepräsident die Ausweisung über Gregor Strasser. Dieser ging nicht. Der Vizepräsident verliess seinen Platz. Die Sitzung war aufgeflogen.

Reichsminister Groener hatte rednerisch keinen guten Tag. Aber er war von ehrlicher Entrüstung gegen die Verlogenheit und das nationale Pharisäertum der Nationalsozialisten erfüllt. Wiederholt liess er durchklingen, dass auch Göring die Grenzen des Wortbruchs erreicht habe. Grosses Aufsehen gab es, als Groener aus nationalsozialistischen Sturmbefehlen vorlas, dass im Falle eines polnischen Einfalls die SA nicht etwa auf Befehl der ordnungsmässigen Reichsregierung, sondern unter dem Kommando Hitlers eingesetzt werden solle. Erst wildes Entrüstungsgeschrei bei den Nationalsozialisten. Dann aber rief ein Schreckenskind in der Nationalsozialistischen Fraktion: "Wir folgen Hitler, Ihnen nicht". Also das klare Eingeständnis, dass die Nationalsozialisten selbst im Falle eines feindlichen Ueberfalls auf die polnischen Grenzen "dem System" den Gehorsam verweigern und sich gegen die verfassungsmässige Reichsregierung stellen wollen. Das ist es, was Hitler in Lauenburg nach Berichten ihm nahestehender Zeitungen gesagt hat und was er jetzt nicht wahrhaben will.

Was Groener über SA und Reichsbanner sagte, war vollkommen korrekt. Er gestand zu, dass dem Reichspräsidenten erlogenes Material gegen das Reichsbanner unterbreitet worden ist. Die Verfassungsmässigkeit und der Wille zur Ordnung im Reichsbanner stehen ausser allem Zweifel. An manchen Stellen wurde Groener recht scharf gegen rechts. So als er die für die Nazibanditen bittere, aber treffliche Wahrheit aussprach: "Ohne SA hätten wir Ruhe im Lande".

Ob Groeners Rede bei allen Mitgliedern der Reichsregierung oder gar bei all den Parteigruppen, die diese Reichsregierung stützen, volle Zustimmung gefunden hat, ist zweifelhaft. Vielleicht hätten die Nationalsozialisten gerade nach dieser Groener-Rede etliche Aussichten gehabt, kleinere Rechtsgruppen zu taktischen Operationen gegen Groener und das Reichskabinett herüberzuziehen. Der neue Durchbruch ihrer Barbarei, ihres wilden Hasses gegen die Parteien der Mitte, ihrer Sabotage des Parlamentarismus und ihres wilden Terrors

dürfte aber ihre Regierungsmündigkeit nicht nur im Reiche, sondern auch in Preussen wieder einmal stark in Zweifel gezogen haben.

So wurde denn auch eine Kandidatenrede, die am Mittag Gregor Strasser in eigener Angelegenheit für die preussische Ministerpräsidentschaft gehalten hatte, sehr in den Hintergrund gedrängt. Und wieviel Mühe hatte sich der Herr Apotheker aus Landshut in Niederbayern gegeben, um zu zeigen, dass er der gegebene Fachminister für das Land Preussen sei. Er entwickelte ein Programm für Siedlungen, für Meliorationen, für Urbarmachung von Ödländereien, freilich, ohne hinzuzufügen, dass das verruchte System Braun-Severing an diesen Aufgaben schon gearbeitet hat, als Gregor Strasser noch nicht einmal so weit war, nationalsozialistische Phrasen von sich zu geben. Seine geistigen Anleihen beim Marxismus muteten beinahe komisch an: Getreidemonopol, Unterbindung des spekulativen Zwischenhandels, Kontrolle der Lebensmittelmärkte, usw. usw. Es fehlte nur noch, dass er sich für Konsumorganisationen eingesetzt hätte. Es waren ganze Partien in seiner Rede, die den mittelständlerischen Wählern der NSDAP bös in den Ohren klingen werden. Sogar den Gewerkschaften machte Strasser einige Freundschaftsbeteuerungen. Diese braven deutschen Gewerkschafter seien ganz etwas anderes als die marxistisch verrottete Sozialdemokratie.

Es klang das alles wie der Auftakt zu einer geistigen Auseinandersetzung zwischen dem sozialistisch verbrämten Nationalismus und dem echten Sozialismus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Der Gewerkschaftsführer Grassmann griff denn auch die Gelegenheit zur Diskussion freudig und geschickt auf. Er brachte es sogar fertig, einen erheblichen Teil der Nationalsozialisten zum Zuhören zu erziehen, als er ihnen Wesen und Bedeutung des Klassenkampfes klarmachte. Er war sich bewusst, einen Kursus für Anfänger im Gewerkschaftswesen halten zu müssen. Dann aber wies er mit reichem Material nach, dass die nationalsozialistische Literatur erfüllt ist von Hass gegen die Gewerkschaften, gegen das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter überhaupt, und dass die ganze nationalsozialistische Bewegung die Zerstörung der Gewerkschaften nicht weniger will als die kommunistische RGO auch. Grassmann begnügte sich nicht, wie Strasser, leere Worte zu machen. Er entwickelte die programmatischen Vorschläge der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie für Arbeitsbeschaffung, für 40-Stundenwoche für zweckmässige und vorteilhaft arbeitende ländliche Siedlungsbauten Auch zum Arbeitsdienst sprach Grassmann positiv. Er bejaht ihn, wenn er ohne Gefährdung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchgeführt wird.

Am Mittwoch werden noch zwei Sozialdemokraten gegen die Nationalsozialisten antreten. Es ist möglich, dass bis dahin deren Tobsucht sich unter abkühlenden Wasserstrahlen des Osaf wieder gelegt hat. Herr Strasser jedenfalls gab sich Mühe, durch den Ältestenausschuss seine parlamentarische Reputation wieder herstellen zu lassen. Er will nicht gesagt haben, dass "dieser Mann - nämlich der Reichswehrminister - die öffentliche Sicherheit und die Armee oder so ähnlich gefährdet haben soll. Er will nur bezweifelt haben, ob "dieser Mann" die öffentliche Sicherheit gewährleistet und ob er zur Führung der Armee geeignet sei.

Da das Stenogramm Herrn Strasser Recht gibt und nicht dem, was viele Mitglieder des Hauses der verschiedensten Parteien, einschliesslich des Präsidiums verstanden haben, zog Vizepräsident Esser in väterlicher Milde die Ausweisung zurück und belegte Gregor Strasser nur mit einem Ordnungsruf.

Den Schluss der stürmischen Sitzung bildete eine ruhige Rede des Zentrumsabgeordneten Dr. Bell. Bell ist neben dem verstorbenen Hermann Müller der weltgeschichtliche Verbrecher, der den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet hat. In Rücksicht auf die Sehnsucht der Ministersessel von Zentrumsgnaden scheinen die Nationalsozialisten Herrn Bell amnestiert zu haben. Wenigstens hörten sie ihn ohne jegliche Neigung zu Gebrüll aufmerksam an.

SPD. Genf, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

Für die Regelung der Danziger Fragen hatten Vorverhandlungen zwischen den Parteien Danzig und Polen mit dem Berichterstatter Eden-England ein Uebereinkommen ergeben, das am Dienstag reibungslos über die Bühne der öffentlichen Ratstagung gehen sollte. Umso peinlicher war die Ueberraschung des Rates und des Hohen Kommissars Gravina, als plötzlich Senatspräsident Dr.Ziehm-Danzig die Zustimmung zum Bericht Eden, der eine Bestätigung der Entscheidung Gravina über das Recht Polens als Aufsichtsbehörde in Eisenbahnfragen Danzigs enthielt, ablehnte wegen Ungeklärtheit der Rechtslage.

Zaleski-Polen erklärte sofort, wenn die Verständigung durchbrochen werde, dann könnten sämtliche Eisenbahnfragen, die eine Einheit darstellten, jetzt nicht weiter verhandelt werden. Eden verbarg seine Ueberraschung nicht, und es schien bereits, dass, trotz der Dringlichkeit der Entscheidung für Danzigs Wirtschaftsleben, eine Vertagung mit ungewissem Ausgang die Folge der Ziehmschen Ueberraschungstaktik sein sollte. Gegenüber dieser Gefahr und der berechtigten Verstimmung des Rates trat Ziehm ebenso plötzlich einen völligen Rückzug an mit der Erklärung, er habe dem Bericht des Rates nicht vorgreifen wollen. So konnten nacheinander vier wichtige Fragen geregelt werden unter Bestätigung sämtlicher Entscheidungen des Hohen Kommissars Gravina, dessen unparteiische Autorität dadurch wiederum eine erfreuliche Stärkung und Anerkennung erfuhr.

Polen bleibt formell Aufsichtsbehörde im Sinne der Danziger Gesetze über die Eisenbahntransporte, was Danzig bestritten hatte. Dafür behält Danzig in den wesentlich bedeutungsvolleren Fragen recht. Die gemeinsame Eisenbahndirektion für Danzig und Pommerellen muss getrennt werden. Polen ist verpflichtet für Pommerellen eine besondere Direktion zu errichten und Danzig die eigene Verwaltung zu überlassen. Endlich muss Polen den Danziger Direktor von allen Entscheidungen unterrichten und darf keine Versetzungen von Danziger Personal an polnische Linien mehr vornehmen, ausser bei Strafversetzungen. In der alten Streitfrage der vollen Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen bestätigte der Rat die auf dem Gutachten des Haager Gerichtshofs beruhende Entscheidung des Hohen Kommissars, die ausdrücklich die Verpflichtung Polens zur vollen Ausnutzung ohne weitere Abkommen entsprechend der Entwicklung des Danziger Hafens feststellt. Zaleski suchte laut Verabredung diese Verpflichtung in ein Recht Polens zu drehen, was nach der Feststellung des Berichterstatters nichts an der Ratsentscheidung ändere.

Die letzte Frage betreffend die Einfuhrverbote Polens für Danziger Waren wurde vertagt und der Berichterstatter ermächtigt, inzwischen ein Juristenkomitee zu den Verhandlungen hinzuzuziehen. Die einstweilige Entscheidung Gravinas bleibt bis zur völligen Lösung in Kraft.

SPD. Nur eine Sehnsucht beherrscht das Millionenheer der Arbeitslosen, die Sehnsucht nach Arbeit. Die private Wirtschaft kann sie nicht schaffen. Nur der Staat als Beherrscher der ganzen Wirtschaft ist dazu in der Lage. Arbeitsbeschaffung aber kostet Geld. Nicht Mangel an Arbeit haben wir, sondern Mangel an Geld. Dieses Geld zu beschaffen ist die Aufgabe der Prämienanleihe, die von der Sozialdemokratie seit Monaten verlangt worden ist. Erst auf ihr Drängen hat die Reichsregierung im Rahmen des jetzt dem Reichstag vorliegenden Kreditermächtigungsgesetzes auch die Genehmigung zur Aufnahme einer Prämienanleihe nachgesucht.

Nur mit knapper Mehrheit, mit 245 gegen 224 Stimmen, ist am Dienstag die Ausschreibung einer Prämienanleihe vom Reichstag gebilligt worden. Beinahe wäre es Nationalsozialisten und Kommunisten gelungen, die wichtigste Voraussetzung für die Arbeitsbeschaffung zu zerschlagen. Dass die reaktionären

Gruppen, Deutsche Volkspartei, Landvolk und Deutschnationale nicht wollen, dass der Staat Arbeit schafft, ist angesichts der bisherigen Haltung dieser Parteien nicht erstaunlich. Dass aber auch Nationalsozialisten und Kommunisten diese Möglichkeit, das Los der Millionen Erwerbslosen zu erleichtern, wild bekämpfen, zeigt ihren wahren Charakter und ihre Sehnsucht nach Verschärfung aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Unmittelbar vor der Abstimmung hatte Herr Strasser ein Hohelied auf den Staat gesungen, der allein die Aufgabe und die Möglichkeit zur Ueberwindung der durch den Kapitalismus geschaffenen Wirtschaftsschwierigkeiten habe. Vor die Tat gestellt, zeigten die Nationalsozialisten sofort, dass das alles nur hohle Phrasen sind, und dass auf ihre Hilfe bei der Ueberwindung von Not und Elend nicht gerechnet werden kann. Das Verhalten der Kommunisten ist noch widerspruchsvoller. Sonst preisen sie immer alles, was in Russland geschieht. Hätten sie auch in diesem Falle nach Russland geblickt, so würden sie erfahren haben, dass dort Prämienanleihen eine übliche Finanzierungsmethode des Staates sind.

SPD. Stuttgart, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

Der neue Württembergische Landtag, der am Dienstag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat, hat die Wahl des Staatspräsidenten auf unbestimmte Zeit vertagt. Landtagspräsident wurde mit 52 gegen 14 sozialdemokratische und 7 kommunistische Stimmen der Nationalsozialist Mergentaler. Der Präsident des verflossenen Landtags, der Sozialdemokrat Pfluger, wurde zweiter Vizepräsident.

SPD. Bochum, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

Die starken Verluste der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Einheitsverbände bei den letzten Betriebsratswahlen und der ausserordentlich grosse Mitgliederschwund haben die Rote Gewerkschafts-Internationale in Moskau veranlasst, sogenannte Stossbrigaden in Deutschland anzusetzen. Sie sollen die von der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung gemachten taktischen Fehler untersuchen und ihren Folgen begegnen. Im Ruhrgebiet ist eine derartige mit ausserordentlichen Vollmachten versehene Stossbrigade unter der Führung eines Russen Semerakow, der sich auch früher zeitweise unter Decknamen hier aufgehalten hat, seit Wochen tätig. Die Stellung der Funktionäre Saefkow und Funke, der Führer der RGO, gilt seither als stark erschüttert. Ob sich die Pläne von neuen Aktionen in den augenblicklichen Tarifkämpfen des Ruhrbergbaues bei der schwachen Kassenlage der KPD und der geringen Zahl von Betriebsmitgliedern durchführen lassen, bleibt abzuwarten.

SPD. Frankfurt/M., 10.Mai (Eig.Drahtb.)

Eine originelle Lösung des Währungsproblems durch Fabrikation von Falschgeld versuchten zwei Nazis in Schwarzenfeld bei Schlüchtern. Bei einer Haussuchung fand man falsche 50-Pfennigstücke und Teile der Herstellungsmaschinen. Die beiden Falschmünzer haben verschiedentlich ihr Falschgeld in Umlauf gebracht. Jetzt sind sie verhaftet. Sie haben wiederholt sozialdemokratische Versammlungen gestört. Vor den Preussenwahlen hatte der eine Nazi-Falschmünzer eine grosse Hakenkreuzfahne auf dem Dache seiner Wohnung angebracht und sie des Nachts beleuchtet. Fürwahr eine gute Zusammenstellung! Hakenkreuz am Dach, Falschmünze im Keller.

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Reichsregierung in einem Antrag ersucht zur dringenden Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten auf die deutsche Reichsbahnverwaltung dahin einzuwirken, dass die vorgesehenen Schliessungen von Werkstätten und die Entlassung von Arbeitern unterbleiben, dass die überlange Arbeitszeit im Betriebs- und Verkehrsdienst beseitigt wird, um Entlassungen zu vermeiden und Neueinstellungen zu ermöglichen, dass ausserdem die rückständigen Reparatur- und Bahnunterhaltungsarbeiten erledigt und der Industrie notwendige Aufträge beschleunigt erteilt werden.

SPD. Genf, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Generalkommission der Abrüstungskonferenz hat am Dienstag-Nachmittag einstimmig ein aus Sachverständigen der drei technischen Kommissionen gebildetes Komitee eingesetzt zur Bestimmung aller Gase und chemischen Kampfmittel, die bei Durchführung der qualitativen Abrüstung verboten werden sollen. Seine Beratungen werden öffentlich sein.

Ebenfalls auf energisches Betreiben Deutschlands, das auf Beschleunigung der technischen Vorbereitung für die grossen politischen Entscheidungen bestand, wurde ein kleines Komitee eingesetzt, das die Ziffernangaben der Staaten über ihre Heeresstärken in vergleichbare Zahlen bringen soll.

Schliesslich erreichte Henderson den Beschluss, die Beratungen der Generalkommission bereits nach Vorliegen des ersten der Berichte aus den technischen Kommissionen über die Bestimmung der Angriffswaffen wiederaufzunehmen und nicht sämtliche Berichte abzuwarten.

Nach Abschluss der Bestimmung von schwerer Artillerie durch ein Unterkomitee hat die Kommission für Landrüstungen am Dienstag ihre Arbeiten wiederaufgenommen. Ungarn, Italien, Russland und die Türkei wollten jede Artillerie über 10 Centimeter Kaliber als Angriffswaffe bezeichnet wissen, während Deutschland auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinwies, der alle Artillerie über 7,7 Centimeter verboten, also als Angriffswaffe bezeichnet habe. Der deutsche Vertreter verlangte daher die Bezeichnung jedes darüber gehenden Kalibers als Artillerie des Angriffs.

SPD. London, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

Dem Verlangen der Industrie entsprechend sind die englischen Zölle auf Seidenwaren erhöht worden. Die neuen Tarife gelten nur vorübergehend, bis das Zollkomitee den endgültigen Tarif ausgearbeitet hat.

SPD. Paris, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Nationalversammlung wählte am Dienstag Senator Lebrun mit 633 Stimmen zum Präsidenten der französischen Republik. Für Paul Faure wurden 114 Stimmen der Sozialdemokraten, für Painlevé 12 und für Cachin 8 Stimmen abgegeben; weisse Zettel wurden 49 abgegeben. Die Zahl der Abstimmenden betrug 826.

Punkt zwei Uhr betrat Senatspräsident Lebrun begleitet von Mitgliedern des Büros des Senats unter lebhaftem Beifall den Sitzungssaal, der sich in wenigen Minuten füllte. Die Tribünen waren bis auf den letzten Platz besetzt; nur die für die Verwandten und Bekannten des Staatspräsidenten reservierte Tribüne in der rechten Ecke des Saales war leer. Sie trug Trauerschmuck. Um 2,10 Uhr eröffnete der Präsident die Sitzung mit einer kurzen Gedenkrede auf den ermordeten Präsidenten Doumer, die vom ganzen Hause mit Ausnahme von drei Kommunisten stehend angehört wurde. Nach der Verlesung des Artikels der

Verfassung über die Präsidentenwahl und des Einberufungsdekrets für die Versammlung wurden durch Los 36 Stimmenzähler und 12 Stellvertreter bestimmt. Der Präsident bezeichnete dann durch Aufschlagen eines alphabetischen Registers den Buchstaben, mit dem der Aufruf der Kongressmitglieder zur Stimmabgabe beginnen soll. Die Wahl fiel auf den Buchstaben M. Um 2.20 Uhr begann die Abstimmung. Als erster stimmte der nationalistische Abgeordnete Macouin ab. Als der Name Tardieu aufgerufen wurde, riefen einige kommunistische Abgeordnete "Nieder mit dem Krieg!". Lebhaftes Beifall-Klatschen auf der Rechten antwortete diesem Ruf, was die Sozialisten veranlasste, gleichfalls gegen Tardieu zu manifestieren. Unter lebhaftem Gepfeife auf der Linken und einem Beifallssturm auf der Rechten verliess Tardieu die Tribüne, nachdem er seinen Stimmzettel abgegeben hatte. Das gleiche wiederholte sich bei Laval, während Senator Chéron und Herriot von seiten der Links- und Mittelparteien mit lebhaftem Beifall begrüsst wurden. Um 4,15 Uhr war die Abstimmung beendet. Die Sitzung wurde zur Auszählung der Stimmen unterbrochen. Eine halbe Stunde später wurde das Ergebnis zuerst in den Wandelgängen bekannt.

Um 4,50 Uhr wurde die Sitzung unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Senates Rabier wiedereröffnet. Der Präsident verlas das Ergebnis,das mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Die meisten Mitglieder der Versammlung hatten sich von ihren Sitzen erhoben. Die Kommunisten riefen wieder "Nieder mit dem Krieg!". Als die für Paul Faure abgegebenen Stimmen bekanntgegeben wurden, applaudierten die Sozialisten, während die Rechte lärmte. Nachdem das Protokol der Sitzung ohne Widerspruch angenommen worden war, erklärte der Präsident die Nationalversammlung für geschlossen.

Der neue Präsident begab sich darauf in Begleitung mehrerer Mitglieder der Regierung und zahlreicher Kongressmitglieder in einen neben dem Sitzungssaal gelegenen Raum, wo ihn der Vizepräsident Rabier und Ministerpräsident Tardieu zu seiner Wahl beglückwünschten. Zu gleicher Zeit übergab Tardieu in seiner Eigenschaft als geschäftsführender Staatspräsident dem neuen Präsidenten die Geschäfte. Lebrun dankte in einer kurzen Rede, in der er nach einigen Gedenkworten auf Doumer erklärte, dass er sein Amt unparteiisch ausüben und für den Frieden nach innen und nach aussen arbeiten werde, den alle Franzosen wünschten. Die Rede wurde mit grossem Beifall aufgenommen. Von dem Ministerpräsidenten geleitet verlies Lebrun zwischen einem Truppenspalier das Palais und bestieg,während eine Militärkapelle die Marseillaise spielte, einen mit der Präsidentenstandarte geschmückten Kraftwagen, der ihn nach Paris brachte. Bei der Abfahrt und auf dem Wege nach Paris wurden dem neuen Präsidenten lebhafte Sympathiekundgebungen dargebracht. Der Präsident begab sich zunächst zum Elysee, wo er sich vor der Leiche seines Vorgängers verneigte.

SPD. London, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

Im Unterhaus steht zurzeit die Kreditpolitik zur Debatte.

Immer mehr konservative Politiker haben sich die ursprüngliche Forderung der Labour Party, die eine Belebung der Wirtschaft durch billiges Geld und reichlichen Kredit verlangte, zu eigen gemacht. Der Konservative Sir Robert Hornes erklärte, die Regierung müsse von der Bank von England verlangen, dass sie den Diskontsatz auf 2 Prozent senke. Die Warenpreise müssten um 30 Prozent gesteigert werden. Hornes ist ebenso wie ein grosser Teil der Bankleute in der City der Auffassung, dass England die Initiative bei einer Steigerung des Niveaus der Weltwarenpreise ergreifen könne. Eine abgrundlose Inflation brauche man, da das englische Staatsbudget in Ordnung sei, nicht zu befürchten, und es sei zu erwarten, dass die Preiskurve in den verbliebenen Goldwährungsländern der Entwicklung der Preise in den Sterling-Ländern folgen werde.

Schatzkanzler Churchill. der nicht weniger von der Notwendigkeit zur

Erhöhung des Preisniveaus überzeugt ist, meinte im Gegensatz zu Robert Hornes dass das Vorgehen eines einzelnen Landes nicht ausreiche. Die Regierung zeigt bis jetzt wenig Neigung, weder die Bank von England zu isoliertem Vorgehen zu veranlassen noch aktiv auf internationale Zusammenarbeit unter den Notenbanken hinzuarbeiten. Statt dessen will der Schatzkanzler grosse Einsparungen im Budget erzielen, die eine Senkung des Steueraufkommens um 100 Millionen Pfund ermöglichen sollen. Das neue Ansteigen der Zahl der Arbeitslosen, die im Laufe des Monats April um 85 000 auf 2,65 Millionen zugenommen haben, gibt den Befürwortern der Inflationspolitik - dieser Ausdruck wird von den Vertretern der Kreditexpansion allgemein gebraucht - weitere Stütze für ihre Argumente.

SPD. Breslau, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

Das Erweiterte Schöffengericht Breslau verurteilte am Dienstag vier Kommunisten wegen schweren Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen zwischen einem Jahr und vier Monaten.

Am 22.April kam es in dem Breslauer Vorort Hartlieb zwischen einer nationalsozialistischen Klebegruppe in Stärke von etwa 70 Mann und einem Trupp von ungefähr 40 Kommunisten zu einer schweren Schlägerei. Wie die Zeugenvernehmung einwandfrei ergab, ist die Schlägerei, in deren Verlauf drei Personen schwer verletzt wurden, von den Nazis herbeigeführt worden. Die Hakenkreuzer hatten Kinder, die "Rot Front" riefen, zu schlagen versucht. Erst daraufhin fielen die Kommunisten über die Nationalsozialisten her und bearbeiteten sie mit Zaunlatten, Stöcken und Luftpumpen. Trotzdem sassen auf der Anklagebank nur Kommunisten.

SPD. Paris, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

Die sozialistische Parlamentsfraktion nahm am Dienstag vor Beginn der Sitzung des Kongresses folgende Entschliessung an:

"Die Fraktion bedauert, dass durch das Zusammenwirken der verfassungsmässigen Bestimmung und eines bedauerlichen Ereignisses die Wahl des ersten Beamten der Republik einer Versammlung anvertraut ist, die nicht mehr dem bei den Wahlen zum Ausdruck gekommenen klaren Volkswillen entspricht. Sie erklärt, dass sie selbst in anbetracht der Landestrauer ihre Stimme für keine Kandidatur abgeben kann, die der Formation der nationalen Einigkeit entspricht welche vom Lande verurteilt wordenist. Sie hat beschlossen, ihre Stimmen auf dem Namen Paul Faure zu vereinen, dessen Wahlniederlage in Le Creuzot das Symbol der Bestechungskampagne und des Druckes der Unternehmer gewesen ist."

SPD. Der Zwischenfall in der Dienstag-Sitzung des Reichstags nach der Rede des Ministers Groener ist ein Schulbeispiel für die wahre Natur der Nationalsozialisten. Strassers zynische Bemerkung gegen Groener, das Reichskabinett solle sich mit der Frage beschäftigen, ob "dieser Mann die öffentliche Sicherheit gewährleiste und die Armee noch führen könne" sollte Groener vor der gesamten Öffentlichkeit herabsetzen. Es war deshalb eine durchaus richtige Empfindung des Vizepräsidenten Esser, dass eine so schwere Beleidigung eines amtierenden Reichsministers mit der Ausweisung aus der Sitzung geahndet werden müsse.

Dass im Ältestenrat Vizepräsident Esser sich bereit erklärte, die Ausweisung durch einen Ordnungsruf zu ersetzen, ist nicht nur ein Beweis für die bis ins Uebermass gehende Duldsamkeit. Sie ist auch mit herbeigeführt worden

weil Herr Strasser auf das Entschiedenste bestritt, dass er eine Verächtlichmachung Groeners beabsichtigt habe. Er bestätigte damit nachträglich die Richtigkeit der Bemerkung von Groener, dass die Nationalsozialisten nie zu ihren Worten stehen, und dass diese innere Unwahrheit die schlimmste Seite ihrer Betätigung darstelle.

Noch weit kennzeichnender für die Absichten der Nationalsozialisten war das Auftreten Fricks im Ältestenrat. Er drohte offen mit dauernden Radauszenen. Wörtlich sagte er: "Sie werden hier keinen ruhigen Verlauf mehr erleben. Wir sind 110 Mann und wir werden unsere Stärke rücksichtslos ausnützen." Das ruhige Verhalten der Nazis am ersten Tage war also nur eine Maske, um leichter auf die Regierungssessel zu gelangen. Sie wurde sofort abgestreift, als sie sahen, dass man ihre wahre Natur erkannt hatte und dass selbst ein Mann wie Groener, dem es in der Vergangenheit wahrlich nicht an Verständnis für sie gefehlt hatte, jetzt erkannt hat, dass eine Herrschaft der Nazis die schlimmsten Folgen für Deutschland haben müsse.

SPD. Paris, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

Der neue französische Staatspräsident Lebrun ist am 28.August 1871 in Mercy-Le-Haut in französisch Lothringen geboren. Er war bis 1900 Bergwerksingenieur. In Longwy wurde er 1900 zum erstenmal in die Kammer gewählt, der er bis 1920 angehörte. Lebrun war während dieser Zeit einige Jahre Vizepräsident der Kammer und mehrere mal Minister. Als Kolonialminister gehörte er den Kabinetten Caillaux, Poincaré und Doumergue, als Kriegsminister dem zweiten Kabinett Poincaré und als Minister für die befreiten Gebiete dem Kabinett Clemenceau an. 1920 wurde er bei einer Nachwahl von den Wählern seines Heimatdepartements in den Senat entsandt, dem er bis jetzt angehörte. Er war Mitglied der Fraktion der republikanischen Union und wurde am 11.Juni 1931 als Nachfolger Doumers zum Präsidenten gewählt. Vor seiner Wahl war Lebrun Präsident des Verwaltungsrats der von Poincaré geschaffenen Schuldentilgungskasse und Vorsitzender des Landesamts für Kriegsbeschädigte. Eine Zeit lang hat Lebrun Frankreich auch im Völkerbund vertreten.

SPD. Danzig, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

Am Mittwoch veranstaltet die Danziger Sozialdemokratie gegen das Verbot der "Volksstimme" in der grössten Halle der Stadt eine Protestkundgebung. Der Verband der Danziger Presse, dem ausschliesslich bürgerliche Journalisten angehören, hat inzwischen gegen das Verbot der "Danziger Volksstimme" ebenfalls Schritte unternommen.

SPD. Paris, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

Lebrun machte am Dienstag der Witwe Doumers einen kurzen Besuch und begab sich dann, in Begleitung des Ministerpräsidenten, zum Triumpfbogen, wo er an dem Grabe des unbekannten Soldaten einen Kranz niederlegte. Schliesslich wurde Lebrun nach dem Palais des Senatspräsidenten geleitet, wo er bis nach der Beerdigung Doumers wohnen wird. Dort hatte sich inzwischen das gesamte Kabinett eingefunden, dessen Demission Tardieu überreichte. Der neue Präsident nahm das Rücktrittsgesuch an und bat die Minister, bis zur Bildung einer neuen Regierung nach dem Zusammentritt der Kammer die Geschäfte weiterzuführen.

SPD. Dresden, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

In Chemnitz wurden vor einiger Zeit in einem politischen Prozess vor dem Landgericht zwei der Staatspartei angehörende Richter, und zwar der frühere Reichstagsabgeordnete Landgerichtsdirektor Brodauf und Landgerichtsrat Cohn, von nationalsozialistischen Angeklagten abgelehnt. Eine Kammer des Landgerichts unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hoffmann erklärte diese Ablehnung für begründet.

Am Dienstag beschäftigte sich der sächsische Landtag aufgrund eines sozialdemokratischen Antrag und einer Anfrage der Staatspartei mit diesem Vorgang. Der sozialdemokratische Abgeordnete Böchel forderte im Verlauf der Begründung des Antrages, dass zu Strafrichtern nur verfassungstreue Richter zu ernennen seien. Es sei auch an der Zeit, die Frage zu prüfen, ob die Unabsetzbarkeit der Richter noch zu vertreten sei.

Der Justizminister erklärte, der Beschluss die beiden Richter wegen ihrer politischen Betätigung abzulehnen, sei auch nach seiner Meinung bedenklich. Eine Ablehnung von Richtern dürfe wegen ihrer politischen Stellung nur dann in Frage kommen, wenn besondere Umstände vorliegen, wie z.B. mangelhafter Takt oder Hemmungslosigkeit. Das Justizministerium sei jedoch verfassungsmässig nicht in der Lage, an der Entscheidung etwas zu ändern. Auch ein Vorgehen gegen die an der Entscheidung beteiligten Richter scheide aus, doch habe das Ministerium die Staatsanwaltschaft in Chemnitz angewiesen, in künftigen Strafverfahren die Anschauung des Ministeriums geltend zu machen.

In der Debatte wies der frühere sächsische Justizminister Neu (Soz) nach, dass aufgrund der bestehenden Bestimmungen das Ministerium sehr wohl in der Lage wäre, den Landgerichtsdirektor Hoffmann auf einen anderen Posten zu versetzen, weil sein Verbleiben in seiner bisherigen Stellung die Interessen der Rechtspflege gefährdeten.

SPD. Paris, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

Während der Wahl des Staatspräsidenten kam es in den Wandelgängen des Kongresses zu heftigen Zusammenstössen. Der Linksrepublikaner Sevestre warf dem Senator Boret seine Haltung während der Wahlkampagne vor, worauf dieser in heftigen Ausdrücken antwortete. Sevestre, der schwer kriegsbeschädigt ist, rutschte während dieses Wortstreits aus und fiel zur Erde. Die Umstehenden glaubten, Boret habe Sevestre umgestossen. Ein Abgeordneter stürzte sich deshalb auf Boret und versetzte ihm einige Faustschläge. Mehrere Anwesende konnten schliesslich die beiden Gegner trennen und Frieden stiften. Der zweite Zusammenstoss ereignete sich zwischen den beiden Sozialrepublikanern Bourgot und Violette. Der erste warf seinem Kollegen vor, er sei an seiner Wahlniederlage schuld, da er in seinem Wahlbezirk Zettel habe anschlagen lassen, auf denen er die Sozialrepublikaner aufforderte, nicht für ihn zu stimmen.

SPD. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages nahm am Dienstag zur Lage der Sozialversicherung und vor allem zu den Schwierigkeiten der Invalidenversicherung Stellung. Einstimmig nahm er eine Entschliessung an, die die Reichsregierung ersucht, die zur Erhaltung der Liquidität der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung notwendigen Massnahmen unverzüglich zu treffen. Die Entschliessung soll am Mittwoch vom Plenum des Reichstages verabschiedet werden.

Die Finanzlage der Invalidenversicherung hat sich, wie der Berichterstatter Abg. Karsten (Soz) mitteilte, katastrophal verschlechtert. Einschliess-

lich der Zinsen und Ueberweisungen aus den Zolleinnahmen kann für dieses Jahr mit höchstens 60 bis 65 Millionen monatliche Gesamteinnahme gerechnet werden, während die Ausgaben durchschnittlich 80 Millionen für Renten, 4 Millionen für Heilverfahren und 6 Millionen für Verwaltung betragen.

SPD. Paris, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Aufräumungs- und Bergungsarbeiten an den in Lyon eingestürzten Häusern wurden am Dienstag mit grossem Nachdruck fortgesetzt. Um 7 Uhr morgens wurde zuuächst ein noch schwache Lebenszeichen von sich gebendes 10 jähriges Mädchen geborgen, das jedoch kurze Zeit nach der Einlieferung im Krankenhaus starb. Einige Stunden später wurden an der gleichen Stelle zuerst der Bruder des Mädchens und dann die Eltern gefunden, die tot waren. Gegen Mittag wurden die Leichen einer Frau und deren Tochter geborgen.

SPD. Wien, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Bundespräsident beauftragte am Dienstag den bisherigen christlichsozialen Landwirtschaftsminister Dollfuss mit der Neubildung der Regierung. Nach einem Beschluss des Nationalrats, der am Dienstag auf Antrag der Sozialdemokratie gefasst wurde, muss die neue Regierung innerhalb 48 Stunden, also bis Donnerstag mittag, gebildet sein.

SPD. Paris, 10.Mai (Eig.Drahtb.)

Der Bürgermeister von Belfort Levy-Grunwald hat am Dienstag-Vormittag Selbstmord begangen, indem er sich in der Nähe des Kriegerdenkmals auf offener Strasse eine Kugel in den Kopf schoss. Der Bürgermeister litt seit langer Zeit an einer schweren Krankheit, die anscheinend seine Nerven zerrüttet hat.

Schluss Reichstag:

Gegen 7 Uhr wird die Sitzung von Vizepräsident Esser wieder eröffnet. Er teilt mit, dass das Stenogramm eine nicht so scharf beleidigende Fassung der Äusserung Strassers ergibt, als zuerst verstanden worden war (öffentliche Sicherheit gewährleisten, nicht gefährden). Die Ausschliessung wird zurückgenommen und nur ein Ordnungsruf verhängt. (Zurufe der Komm.: Alles in Butter!)

Abg. Dr. Bell (Ztr): Die Notwendigkeit der Verbote gegen RFB und SA, SS ist vollauf erwiesen. Der Reichswehrminister, der den NS den Eintritt in die Reichswehr ermöglicht hat, sollte gegen den Vorwurf einer Voreingenommenheit gegen sie wohl geschützt sein. Weite Volkschichten haben eine starke Abneigung gegen alle Parteiwehren. Als der Redner das Gottlosen-Verbot rechtfertigt, wird er von den Kommunisten vielfach unterbrochen. Nachdem er die Hohlheit der Strasserschen Rettungsvorschläge gründlich erwiesen hatte, schloss Dr. Bell mit aussenpolitischen Betrachtungen.

Nach 9-stündiger Dauer vertagte sich das Haus um 8 Uhr abends auf Mittwoch 10 Uhr: 3.Beratung des Schuldentilgungs- und Anleihegesetzes. Fortsetzung der politischen Debatte, Anträge und Staatsverträge.

Glossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

Die Heldenbiographie.

SPD. Seitdem über Adolf Hitler ein Bilderbuch erschienen ist, das ihn zu allen Tages- und Nachtstunden in Photographien zeigt, haben die kleinen Götter der Nationalsozialistischen Partei keine Ruhe mehr gehabt, bis auch sie in Bild und Schrift ihren Getreuen vorgeführt wurden. In einem nationalsozialistischen Verlag erscheint eine Broschürenreihe, in der Biographien über Gregor Strasser Alfred Rosenberg und Josef Goebbels veröffentlicht werden. Von diesen Biographien liegt bisher die über Josef Goebbels vor. Man findet darin Bilder von ihm aus seiner Knabenzeit, aus seiner Studentenzeit, Bilder seiner Eltern und seiner Grosseltern und dann dazu eine Beweihräucherung, die, abgesehen von ihrer Würdelosigkeit, eine einzige Versündigung gegen die deutsche Sprache ist. Der schleimige Stil des Verfassers und das Herumjonglieren mit grossen Worten, hinter denen nichts steckt, können nicht die Verlegenheit verbergen, die den Biographen ergriffen hat, als er sich überlegte, was denn nun eigentlich über Goebbels zu sagen sei, ausser dass er Nationalsozialist wurde und mit Geschick Reden hält. Denn die interessanten Partien aus Goebbels Leben hat uns der byzantinische Biograph vorsichtigerweise verschwiegen!

Wie kam es, dass Goebbels während des Krieges als Student zu Hause blieb, während seine Kameraden ins Feld zogen, dass er sich in die Probleme der Romantik vertiefte, während seine Freunde im Dreck des Schützengrabens lagen? Davon darf der gläubige Nationalsozialist nichts erfahren! Er könnte sonst auf abwegige Gedanken kommen und die peinliche Frage stellen, wo und wie sich das Fronterlebnis des Herrn Josef Goebbels ereignet hat!

Wir finden in diesem Heldenbuch auch nichts darüber, wer die romantischen Studien des Herrn Goebbels bezahlt hat, nichts darüber, dass Herr Goebbels, als er in Berlin bereits über ein sehr ansehnliches Einkommen verfügte, sich vom katholischen Caritasverband auf Rückzahlung der von ihm entliehenen Gelder verklagen liess, und dass er seine Dankbarkeit gegenüber seinen Helfern damit bewies, dass er den Prozess bis zur Zwangsvollstreckung durchführen liess. Der nationalsozialistische Leser könnte sich Gedanken darüber machen, aus welchen sehr menschlichen Gründen der katholische Herr Goebbels das Zentrum so ingrimmig hasst!

Schliesslich fällt uns noch eine Lücke auf, und die ist nun gar nicht entschuldbar. Wie war das mit Goebbels Heldenerlebnis mit den Reitpeitschen der belgischen Offiziere und den belgischen Militärgefängnissen zurzeit der ersten Hindenburgwahl? Herr Goebbels hat einst selbst sehr pathetisch davon geredet. Wie konnte es sein Biograph wagen, im Heldenbuche über Goebbels das heldenhafteste Abenteuer glatt zu verschweigen?

Der blöde Nazi-Pressemensch.

Der Nazibürgermeister Schwede von Coburg wurde bei der Beratung des Haushaltsplanes von Coburg im Stadtrat auf eine Rede gestellt, die er in Zwickau gehalten hat. In dieser Rede hat er unter kräftigen Angriffen auf die bürgerlichen Vasallen der Nazis das Blaue vom Himmel herunter behauptet. Die Nationalsozialistische Partei hat die Kraftstellen dieser Rede in einem Flugblatt verbreitet. Als nun dieser schwungvollen Rede im Coburger Stadtrat nüchterne Tatsachen gegenübergestellt wurden, da erklärte Schwede plötzlich, dass man ihn doch nicht verantwortlich machen könne, wenn irgend ein blödsinniger Pressemensch seine Äusserungen entstellt wiedergäbe.

Der blödsinnige Pressemensch war nun aber der Schreiber eines offiziellen Flugblattes der Nationalsozialistischen Partei, woraus man schliessen muss, dass die führenden Nationalsozialisten ihre journalistischen Handlanger von oben herunter mit Verachtung als blödsinnige Pressemenschen ansehen. Danach weiss man auch, was man von nationalsozialistischer Journalistik und ihren Erzeugnissen zu halten hat!

Naziliebe für Hugenberg.

Hugenberg hat den Antisemitismus in der Deutschnationalen Partei wieder lebendig gemacht. Er hat jedoch in den Nationalsozialisten die Kraft gefunden, die seinen eigenen Antisemitismus noch übertrifft, und die ihm nachweist, dass er selbst in den Händen des jüdischen internationalen Kapitalismus ist. Der nationalsozialistische "Trommler" in Berlin berichtet über eine Naziversammlung:

"Ueberall sieht man die Verbindungswege des internationalen Kapitalismus in den Händen der jüdischen Rasse. Sehr aufschlussreich waren die Angaben über die Redakteure der Scherlpresse des Herrn Hugenberg. Hier wimmelt es nur so von Namen wie Tannenbaum, Breslauer, Rosenthal, Levi, Salinger, Proskauer, Lasker, Löwenthal, Lissauer, Preuss und dergl."

Man wird immer mit dem bestraft, womit man gesündigt hat, und so erlebt Herr Hugenberg jetzt, dass seine Parole der Befreiung vom internationalen Judentum von den Nationalsozialisten gegen ihn selbst angewandt wird!

Der Geschäfts-Nazi.

Eine Reihe von Leuten hat in der letzten Zeit ein Traktätchen zugesandt erhalten, das den Titel trägt: "Die Reichspräsidentenwahl vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet". Das Traktätchen bemüht sich um den Nachweis, dass die Wahl Hindenburg falsch gewesen sei, dass die Zunahme der Hitler-Bewegung immer weitergehe, dass sie die eigentliche Hoffnung Deutschlands sei, und dass die Wiederwahl Hindenburgs nur den Gläubigern Deutschlands genützt habe. Deutschland verdiene nur einen neuen Aufstieg, wenn es sich zum Nationalsozialismus bekenne.

Wäre dies Traktätchen nur einfach ein nationalsozialistisches Propagandablatt, so wäre nichts weiter dabei. So aber findet der Leser, wenn er weiter darin blättert, dass es im Grunde genommen nicht um Politik geht, sondern dass es sich vielmehr um - die Reklame einer schlesischen Wäschefabrik handelt, die ihren Preiskatalog mit einer politischen Einleitung versehen hat.

Der Inhaber ist natürlich strammer Nationalsozialist. Warum er es ist, hat er selbst verraten. Er will mit der Politik Privatgeschäfte machen, und die Quintessenz seiner nationalsozialistischen Gesinnung lautet: "An meinem Hakenkreuz sollen die Kunden hängen bleiben."

Wieviele Anhänger von ähnlicher Gesinnungstüchtigkeit aus den Reihen des Mittelstandes mag die Nationalsozialistische Partei besitzen?

Rangordnung.

Um einen jüdischen Händler zu ärgern, schnitten oldenburgische Nationalsozialisten seinem Gaul mit der Haarschneidemaschine ein grosses Hakenkreuz ins Fell. Wenn der Händler nun mit seinem Gaul auf die Dörfer zieht, so führt er den Bewohnern die von den Hakenkreuzlern selbst aufgestellte Rangordnung drastisch vor: Der Jude - der Mensch, der Hakenkreuzler - das Vieh!

Aus aller Welt

Die Pfingstfahrt der "Iconda".

Wie in Mexiko Arbeiter "geworben" werden - Ein Gedenktag der Not.

SPD. Mexiko=City,Ende April (Eig.Ber.)

Die "Iconda", ein alter Kasten, pendelte immer von Nord nach Süd und klapperte alle erreichbaren Häfen der mexikanischen Küste ab. Am Pfingstmorgen vor fünf Jahren schaukelte sie über die Bank von Campeche. Von Puerto Mexiko war sie nach Brownsville unterwegs. Kostbare Last war an Bord: dreihundert indianische Menschen, Peons,wie sie hierzulande genannt werden. Die Peons waren Lohnarbeiter,die,mit ordentlichen Verträgen ausgestattet, Ueberfahrt auf den alten Kasten genommen hatten, um schnell und billig nach Brownsville und von da nach den Bleiminen im Norden Mexikos zu kommen. So wenigstens behaupteten es ihre mitfahrenden Agenten,die auf dem Deck der "Iconda" sassen,rauchten, spielten, tranken und sich den kühlen Wind des Golfes um die Nase wegen liessen. Die Indios allerdings durften nie an Deck,sondern mussten während der Ueberfahrt im Schiffsbauch ausharren.

Es war ein jammervoller Anblick, diese dreihundert Lohnsklaven da unten im dunklen stinkigen Lastraum. Meist sassen sie dicht zusammengekauert stumm da und stierten dumpf vor sich hin. Einige aber,die Aeltesten,so schien es, riefen immerfort nach den Agenten,die an Deck sassen und sichs wohl sein liessen. Die Indios wollten in ihre Dörfer zurück. Aber die Agenten blieben unerbittlich, das Schiff hielt direkten Kurs auf Brownsville. Mochte die Ernte in den Dörfern der Indios verfaulen, mochten die Frauen und Kinder hungern,die Minen im Norden brauchten Arbeiter,billige Arbeiter - und damit basta. Die braunen Arbeiter hatten sich ja vertraglich verpflichtet, fünf Jahre bei einem Tagelohn von einem Pesos (2.04 RM) in den Bleiminen zu arbeiten.

Trotzdem behaupteten die Indianer im Schiffe, dass sie betrogen,übervorteilt und überlistet worden seien. Ihr Alkalde, wie der indianische Dorfschulze genannt wird, hatte ihrer Meinung nach einen anderen als den Arbeitsvertrag für sie unterschrieben. Aber die Indios waren formal im Unrecht. Der "Senjor Presidente" ihres Dorfes hatte tatsächlich die Verträge unterschrieben,bevor sie der politische Jefe,ihr von der Regierung eingesetzter amtlicher Berater, durchgesehen und anerkannt hatte.

+

Mexiko zählt etwa 15 Millionen Einwohner, 11 Millionen von ihnen sind Indianer. Nach den amtlichen Feststellungen sind 52 % der Einwohner Analphabeten: ausschliesslich Indios,die weder lesen noch schreiben können. Auf diese kulturelle Rückständigkeit bauen die mexikanischen Arbeiteragenten,die "Werber", ihre Fangpläne auf. Sie schwärmen in die Indianerdörfer des Südens aus, in die Provinzen Chiapas, Yukutan und Tabascos, veranstalteten dort,bei kleinsten Anlässen, Trinkgelage, spenden den Indios reichlich Alkohol und versuchen sie nach und nach in kleine Verpflichtungen hineinzumanöverieren. Meist ist es das Verlangen der Indios nach mehr Alkohol, das die Agenten ausnützen;sie zahlen den Indios Vorschüsse,damit sie beim Jefe Alkohol kaufen können. Er allein hat das Verkaufsmonopol in seinen Dörfern. Sind die Vorschüsse ausgezahlt und auf drei bis vier Pesos angelaufen.legt der Agent dem "Senjor Presidenten" des Dorfes einen Vertrag vor. Der "Presidente" kann,wie die übrigen Dorfgenossen, weder Lesen noch schreiben, er vertraut dem Agenten,der ihm einredet,der Vertrag sei nur ein "gedruckter" Schuldschein für die Vorschüsse der Dorfeinwohner. Er unterzeichnet in der Dorfversammlung, unter Zustimmung der "Schuldner"

Der Agent verschwindet dann baldigst mit dem unterzeichneten Vertrag,den der Jefe, der Regierungsbeamte,gegenzeichnet,nachdem ihm der Alkalde nach den formalen Bestimmungen erklärt hat, dass er "mit Zustimmung der Dorfversammlung unterzeichnet" habe. Und dann geschieht das Alltägliche: Bundestruppen kommen, umstellen das Dorf und stellen das "Arbeiterkontigent" für den Norden zusammen Und nichts hilft,weder der Schrei der Frauen,deren Männer abgeführt werden,noch der Protest des Alkalden. Vertrag ist Vertrag,fünf Jahre müssen die Indios ihrer Heimat fernbleiben, meist aber auf noch längere Zeit, nur - weil weder sie noch ihr Bürgermeister, lesen und schreiben konnten! Auf diese und ähnliche Weise, unter Ausnutzung der kulturellen Not der Indios,werden jährlich hunderte von Arbeitern den Bleiminen zugeführt,weshalb es trotz der hohen Sterblichkeit in den Minen nie an Kräften fehlt.

+

Die dreihundert Peons der "Iconda" waren alle auf diese Weise "geworben" worden. Sie gingen einem unvermeidlichen,gesetzlich sanktionierten Schicksal entgegen. Einem Schicksal,das jedem Agenten 40 Pesos pro Kopf eines geworbenen Arbeiters einbrachte. Doch Pfingsten vor fünf Jahren stimmte die Rechnung nicht ganz. Mitten in der Campeche - Bay fiel dichter Nebel aufs Meer,die fliegenden Fische verschwanden, fernes Grollen kündete ein Unwetter. Im harten Stampfen des Schiffes verloren sich die Klageschreie der Indios unten im Bauche des Dampfers.Der Alte auf der Brücke,den Zustand des Schiffes bedenkend,liess den Kurs ändern.Das wurde zum Verhängnis.Ein Nebelhorn schrie plötzlich ganz dicht backbord achteraus. Auch die Sirene der "Iconda" heulte wie verrückt.Die Mannschaft stand in wartender Bereitschaft.Unmittelbar neben der "Iconda" tauchte ein schwarzer Fleck auf,die Konturen wurden grösser und schärfer.Dann krachten auch schon die Decksbalken,splitterten und knirschten,gerammt versank die "Iconda" mit ihrer kostbarem Last im Golfe Mexikos.Genau neun Minuten hatte die Agonie gedauert. Der andere Dampfer setzte sieben Mann der "Iconda" = Besatzung in Vera Cruz an Land... -ch.-

+ + +

Vierjährige Belastungszeugin. Vom Schöffengericht Berlin=Mitte wurde ein Arbeiter L. wegen versuchten Sittlichkeitsverbrechen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt; der Staatsanwalt hatte ein Jahr Zuchthaus beantragt. Hauptbelastungszeugin war das vierjährige Töchterchen einer Arbeiterfamilie. Die Kleine hatte vor etwa einem halben Jahr weinend ihrer Mutter erzählt,dass "ein böser Mann" sie mit in seine Wohnung genommen und ihr dort Kaninchen gezeigt habe - anschliessend scheint dann der jetzte Angeklagte mit dem Mädchen recht üble Dinge vorgenommen zu haben. Vor Gericht schilderte das Kind des Vorgefallene in auffallender Präzision. Als es den Angeklagten unter den Anwesenden im Saal erkannt hatte, wurde es ängstlich und scheu ... Das Gericht hielt den Angeklagten für überführt.Mildernde Umstände wurden zugebilligt, weil es sich "um eine einmalige" Tat handle.

+ + +

Beispiel Reins. Nach dem Muster des Geldbriefträgermörders Ernst Reins hat am Dienstag=Morgen in Berlin der dreiundzwanzig Jahre alte Erich Kornblum einen Raubüberfall auf einen Geldbriefträger ausgeführt. Auf dem ersten Treppenabsatz eines Hauses in der Stubenrauchstrasse hat Kornblum den vierzigjährigen Geldbriefträger Weichert mit einem in Kammgarnstoff eingewickelten schweren Feldstein niedergeschlagen. Weichert hatte jedoch noch die Kraft, laut um Hilfe zu rufen. Als der Verbrecher sah,dass von allen Seiten Hausbewohner herbeigeeilt kamen,ergriff er die Flucht. Auf der Strasse konnte Kornblum ergriffen werden. Der Geldbriefträger hat vermutlich eine Gehirnerschütterung erlitten.

+ + +

Gorgulows Testament. Der Mörder des französischen Staatspräsidenten Doumer, der Russe Paul Gorgulow, hat sein vom Vorabend des Mordtages datiertes Testament an den Berliner "Verlag Universitas" geschickt. Die Universitas A.G. versichert, dass sie bisher keinerlei Beziehungen zu Gorgulow unterhalten hat. In dem in russischer Sprache abgefassten Testament heisst es: "Ich, der unterzeichnete Doktor der Medizin, Dichter und belletristischer Schriftsteller Paul Gorgulow, mit dem schriftstellerischen Pseudonym Paul Brede, hinterlasse mein bellestristisches Werk, den "Roman eines Kosaken" in 636 Seiten Manuskript in russischer Sprache dem deutschen Verlag Universitas A.G. Berlin.. Der Verlag ist verpflichtet, die Hälfte meines Autorenhonorars meiner rechtmässigen Frau... bis zu ihrem Tode auszuzahlen... 3. Mai 1932, Monaco, Dr. Paul Gorgulow."

+ + +

Doppelmord. In Köln-Ehrenfeld erwürgte ein erst seit einem halben Jahre verheirateter 28jähriger Elektromonteur seine Frau und seinen 2½jährigen Sohn und stellte sich dann der Polizei. Gegen den Mann schwebte bereits vor einiger Zeit ein Untersuchungsverfahren wegen versuchter Tötung.

+ + +

Waldhof-Anklage. Am 31. Mai beginnt vor der Grossen Strafkammer des Landgerichts Prenzlau der auf mehrere Wochen berechnete Prozess gegen den stellvertretenden Fürsorgeheimleiter Franke und weitere sieben Erzieher der Fürsorgeanstalt der Inneren Mission Waldhof bei Templin. Die Anklage, die vom Chef der Staatsanwaltschaft selbst vertreten wird, lautet auf schwere Körperverletzung und zum Teil auf schwere Sittlichkeitsverbrechen. Die im Waldhof untergebrachten Fürsorgezöglinge scheinen aufs grausamste misshandelt worden zu sein. Bis jetzt sind 70 Zeugen geladen; das preussische Ministerium für Volkswohlfahrt wird sich bei der Verhandlung offiziell vertreten lassen; die Nebenkläger beabsichtigen die Hinzuziehung hervorragender Sachverständiger.

+ + +

Neuer Fall Kienle. Gegen die seit einiger Zeit in Frankfurt/Main praktizierende Frau Dr. Else Kienle, die künftige Mitangeklagte des Stuttgarter Dichterarztes Friedrich Wolff, wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main nochmals die Voruntersuchung wegen Vergehens gegen den § 218 und wegen fahrlässiger Tötung eröffnet. Frau Dr. Kienle soll an einem siebzehnjährigen Mädchen aus einem Dorf bei Darmstadt eine unzulässige Schwangerschaftsunterbrechung, die infolge angeblich fehlerhafter Ausführung zum Tode führte, vorgenommen haben. Frau Dr. Kienle bestreitet, sich im Sinne des Gesetzes schuldig gemacht zu haben.

+ + +

Wackers Unbekannter? In Toulouse wurde eine fünfköpfige Hochstaplerbande verhaftet. Ihr Führer, ein im Jahre 1903 in Mitau geborener angeblicher "Graf Alexander von Lüdinghausen", wird beschuldigt, ein gefälschtes Bild des Malers Greco in den Handel gebracht zu haben. Gegen Lüdinghausen, der auch unter dem Namen eines Fürsten Gallizin aufgetreten ist, sind auch im Zusammenhang mit anderen Bilderaffären Verdächtigungen ausgesprochen worden. Vor allem rechnet man mit der Möglichkeit, dass der Verhaftete der geheimnisvolle van Gogh-Lieferant des vom Berliner Gericht zu Gefängnis verurteilten Kunsthändlers Wacker sein könne. Jedenfalls ist augenbliklich die Berliner Kriminalpolizei bemüht, diese Kombination nachzuprüfen. Wackers Richter hat seinerzeit die Existenz des unbekannten Vorbesitzers verneint, den der Angeklagte aufgrund einer "ehrenwörtlichen Verpflichtung" nicht nennen wollte.

Die falsche Rechnung.

Zum Kampf um die Arbeitslosenversicherung.

SPD. Das Scharfmachertum rüstet zu einem Generalsturm auf die Stellung der Gewerkschaften. Der vor kurzem erfolgte scharfe Angriff der Unternehmerpresse gegen den Reichsarbeitsminister Stegerwald wegen seiner Haltung in der Arbeitszeitfrage signalisierte deutlich den Aufmarsch der Reaktion zur Entscheidungsschlacht. Was in dieser Schlacht auf dem Spiel steht, verraten die Alarmrufe aus der Presse der christlichen Gewerkschaften: Das Kabinett Brüning soll gestürzt werden und an seine Stelle soll ein "Präsidial-Kabinett" treten. An der Spitze ein General, dazu Nationalsozialisten und einige Herren aus dem Klüngel der Schwerindustrie. Ihre ersten Aufgaben sind: Beseitigung der Verbindlichkeitserklärung und damit Zerschlagung der Tarife, Niederhaltung der Masse mit Gewalt, Umgestaltung des Wahlrechts, um so durch eine sichere Mehrheit das neue System, d.h. die Herrschaft der Reaktion auf lange Zeit hinaus zu befestigen.

Das Scharfmachertum will an die Macht. Es will die Früchte der Hitlerbewegung ernten, und zwar wenn möglich, noch vor Lausanne, d.h. noch vor den grossen aussenpolitischen Entscheidungen. Die Stellung der Arbeiterschaft, die von den Gewerkschaften unter unendlichen Opfern aufgebaut worden ist, soll zerbrochen werden. Die Scharfmacher wollen Ellenbogenfreiheit. Sie wollen sich in der Lohnfrage von den Gewerkschaften nicht mehr dreinreden lassen, und deshalb fordern sie auch die Beseitigung der Arbeitslosenversicherung, d.h. Mobilmachung der grossen Reservearmee auf den Lohn der Nocharbeitenden. Dem Menschen, der billiger zu arbeiten wünsche, - so erklärt das Scharfmachertum in einem für harmlose Gemüter harmlosen und beinahe menschenfreundlich klingenden Ton - müsse das Recht und die Möglichkeit dazu gegeben werden, und daher bleibe nichts anderes übrig, als das System der tariflichen Lohnfestsetzung zu ändern.

Die Arbeitslosenversicherung - sie ist vom Scharfmachertum im erster Linie aufs Korn genommen worden. Der Grund dafür ist leicht zu erkennen. Im Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung haben die Scharfmacher Bundesgenossen. Auch der Städtetag will von der Arbeitslosenversicherung los, und wie er, so glauben auch die Rechner im Reichsfinanzministerium, durch Abbau der Versicherung grosse Ersparnisse hereinzuholen und so den Druck der Arbeitslosenlast auf die Reichskassen zu mildern.

Diese Sparhoffnungen sind nichts anderes als ein Phantom. Durch Einführung der Bedürftigkeitsprüfung können in der Unterstützung der bisher von der Versicherung betreuten Arbeitslosen niemals nennenswerte Summen gespart werden. Der materielle Erfolg der Sparmöglichkeiten wird weit überschätzt. Man vergisst, dass praktisch heute in der Arbeitslosenversicherung die Leistung im allgemeinen nur noch auf der Höhe der Wohlfahrtsunterstützung liegt, d.h. man kann auch in der Versicherung mit der Unterstützung unmöglich noch tiefer herabgehen. Auch vergisst man immer wieder, dass für ganze Gruppen des von der Versicherung erfassten Personenkreises die Bedürftigkeitsprüfung bereits besteht und dass die Versicherung also tatsächlich nur noch formellrechtlich eine Versicherung darstellt, während praktisch ohnehin schon sämt-

licher Verdienst im Unterstützungsfall zur Anrechnung kommt. Ebenso übersehen die Sparkommissare, dass bei Zuschlägen zur Einkommensteuer nach unten eine Freigrenze besteht, während in der Beitragserhebung jeder Pfennig des Arbeitnehmers erfasst wird. Das Beitragsaufkommen ist noch immer der stabilste Teil im Haushalt der Arbeitslosenunterstützung, und dieser Halt steht und fällt mit der Versicherung; denn es wäre lächerlich, zu glauben, dass die Beitragserhebung in der bisherigen Form auf die Dauer aufrechterhalten werden kann, wenn den ausserordentlich hohen Beiträgen keinerlei Rechte mehr gegenüberstehen.

Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre sprechen absolut nicht für eine Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung. Gewiss ist die Zahl der von der Versicherung erfassten Unterstützten zurückgegangen; immerhin umfasst die Versicherung jedoch noch ein Viertel der Unterstützten bei 20 Wochen Unterstützungsdauer. Schon damit ist ihre Daseinsberechtigung erwiesen. Im übrigen ist auch zu beachten, dass in der zweiten Aprilhälfte die Arbeitslosigkeit stärker (197 000) nachgelassen hat als die Entlastung in der Arbeitslosenversicherung (114 000), während es in der ersten Aprilhälfte umgekehrt war. Die Versicherung gewinnt also, wie man sieht, wieder an Boden. Eine brauchbare Reform des Arbeitslosenschutzes kann - immer wieder muss es gesagt werden - nicht in einer Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung bestehen, sondern nur in der Zusammenlegung von Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung. Die Trennung dieser beiden Unterstützungsformen ist unmöglich länger aufrecht zu erhalten. Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn im April die Gesamtarbeitslosenzahl um rund 300 000 zurückging, die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen noch um 70 000 bis 80 000 zugenommen hat, Die Krisenfürsorge erfüllt eben nicht mehr ihre Aufgabe.

Die Gewerkschaften haben schon längst auf diese Entwicklung hingewiesen. Das Zögern des Kanzlers gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften auf Zusammenlegung von Krisenfürsorge und Wohlfahrt ist unverständlich. Dieser Tage hat der Kanzler vor der ausländischen Presse darauf aufmerksam gemacht, dass fortgesetztes Zögern in der Lösung dringlicher Probleme eines Tages verhängnisvoll werden kann, weil dann die Völker über die Zögerer hinweggehen werden. Diese Erkenntnis des Kanzlers hat nicht nur für die Aussenpolitik, sondern auch für die Innenpolitik und hier vor allem für die Sozialpolitik Geltung!

SPD. Der "Abbau der Binnenmarktlöhne" hat am schlimmsten im Baugewerbe Hessens und Badens gewütet. Im hessischen Lohngebiet Frankfurt am Main erreicht der Lohnabbau für Facharbeiter 31,2 Prozent. Das Minimum beträgt hier 19,1 Prozent. Im Lohngebiet Giessen wurden die Facharbeiterlöhne um 14,1 bis 22,5 Prozent abgebaut. Auch im Lohngebiet Hanau gibt es Abzüge bis zu einem Viertel des bisherigen Tariflohnes. In den drei obersten Lohnklassen beträgt der Abbau 22 bis 26 Pfennig, in den zwei untersten 14 bis 18 Pfennig. Um ein Fünftel bis fast ein Viertel wurden die Löhne in Baden abgebaut. Bauarbeiterlöhne über 1 Mark gibt es nicht mehr. Für Mittel- und Oberbaden wurde in der obersten Lohnstufe der Facharbeiterlohn von 112 auf 89 Pfennig gedrückt, d.h. es wurden 23 bis 25 Pfennig pro Stunde abgebaut. Selbst bei den niedrigen Tiefbauarbeiterlöhnen wurden 18 bis 19 Pfennig oder 20,9 bis 23,2 Prozent gekürzt. Aehnlich stark ist der Abbau der Löhne in den Lohngebieten Unterbaden und Vorderpfalz, wo die Facharbeiterlöhne von 20 bis 23,8 Prozent oder um 21 bis 24 Pfennig und die Tiefbauarbeiterlöhne um 17 bis 19 Pfennig je Stunde abgebaut wurden. Diese Löhne sollen bis zum 28. Februar 1933 Geltung haben.

Etwas weniger wild sieht es im Lohngebiet Breslau aus. Bei den Fachar-

be terlöhnen geht dort der Abbau von 13,2 bis 20 Prozent, im Tiefbau bis 18,17 Prozent. Im Lohngebiet Glatz wurden 13 Prozent vom Facharbeiterlohn abgebaut. In der obersten Lohnstufe beträgt der Tiefbauarbeiterlohn jetzt nur 49 Pfennig. Selbst diese Löhne sollen aber bis zum 31.Oktober, zu welchem Termin sie kündbar sind, wiederum dem Angriff der Unternehmer und der "Angleichungspolitik" der Ministerien preisgegeben werden. Im Bezirk Sachsen-Anhalt beträgt der Abbau 14,6 bis 23,6 Prozent, Im Unterweser-Ems-Gebiet geht der Abbau von 15,8 bis 20 Prozent. In Thüringen wurde bis zu 22,5 Prozent abgebaut, in Ost-Thüringen 14 bis 16 Pfennig pro Stunde.

Der zweite Schiedsspruch für das Lohngebiet Gross-Berlin brachte gegenüber dem ersten einen weitergehenden Abbau. Die Facharbeiterlöhne senkten sich von 126 auf 108 Pfennig, der Tiefbauarbeiterlohn von 78 auf 72 Pfennig. In Stettin wird der Facharbeiterlohn auf 94 Pfennig, der Tiefbauarbeiterlohn auf 60 Pfennig gesenkt, was einem Abbau von 13 bis 14,3 Prozent entspricht, und in der pommerschen Provinz geht der Abbau bis zu 16,4 Prozent. Der Schiedsspruch für das schwerindustrielle Lohngebiet Dortmund sieht für sämtliche Lohnklassen einen Abbau der Löhne um 15 Pfennig pro Stunde vor; die Folge ist, dass in den unteren Lohnklassen bis zu 20,5 Prozent abgebaut wird. Für den Mainkanal kam in Würzburg ein Schiedsspruch zustande, der den Facharbeiterlohn von 86 auf 80 Pfennig und den der Tiefbauarbeiter von 64 auf 60 Pfennig pro Stunde drückt.

In manchen Gebieten versuchen die Unternehmer einfach zu diktieren.So haben sie im Siegerland 20 Prozent Abbau kommandiert. In Ostpreussen, wo die Hitlerei besonders obenauf ist, ist es zu Verhandlungen vor dem Schlichter überhaupt nicht gekommen, und dort versuchen nun die Unternehmer selbstherrlich den Bauarbeitern einen weiteren Lohnabbau aufzuzwingen. So verlangen sie für Königsberg 14,6 Prozent Abbau. Auch hier mutet man den niedrigst bezahlten Lohnklassen den schlimmsten Abbau zu. Sämtliche Bauarbeiterverbände Ostpreussens haben sich daher an die Reichsregierung und den Reichstag gewandt und Schutz gegen Vergewaltigung durch die Bauunternehmer gefordert.

SPD.Der Verband der Kupferschmiede Deutschlands hält zur Zeit in Magdeburg seinen dreizehnten Verbandstag ab. Im Mittelpunkt der Beratungen steht die Frage der Verschmelzung der Organisation mit dem Deutschen Metallarbeiterverband.

Der Verbandsvorsitzende Jahrmarkt erstattete den Geschäftsbericht für die Jahre 1929 bis 1931. Die Berufsgruppe der Kupferschmiede ist von der Krise sehr stark mitgenommen worden. 1928 hatte das Kupferschmiedegewerbe 5,4% Arbeitslose, heute 60 Prozent. Die Mitgliederzahl ist von 7 185 im Jahre 1929 auf 5 763 zurückgegangen. Durch erhebliche Ausfälle an Geld war der Verband gezwungen, Notmassnahmen in der Unterstützungszahlung durchzuführen. Die Störungsversuche der RGO und der Nazis wurden zurückgewiesen.

Die Besprechungen über die Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband ziehen sich schon einige Jahre hin. Finanzielle und Tarifschwierigkeiten liessen bisher eine Verschmelzung nicht ratsam erscheinen.In einer 1930 durchgeführten Urabstimmung stimmten noch 54,8 Prozent der Mitglieder gegen eine Verschmelzung. Heute ist die Lage grundlegend geändert. Die Krise zerschlägt die kleinen Verbände. Eine Verschmelzung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband ist das Gebot der Stunde. Die Kassenverhältnisse sind trotz der Schwierigkeiten stabil geblieben. Das Verbandsvermögen beträgt 62 748 Mark. Dazu kommen noch 76 358 Mark des Invalidenfonds.

In der Aussprache über die Verschmelzungsfrage wurde das Für und Wider gründlich beleuchtet. Wo die Kupferschmiede noch günstige Lohntarife gehalten haben, wie z.B. in Leipzig, wird der Anschluss an den DMV abgelehnt, weil dann

die Erhaltung dieser Tarife nicht mehr möglich ist. Von einer übereilten Verschmelzung wird ein Abwandern in andere Verbände oder zur RGO befürchtet. Jedenfalls müsse der Uebertritt durch Urabstimmung erfolgen. Demgegenüber wurde betont, dass die Verschmelzung unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine unbedingte Notwendigkeit sei. Handke, der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, erklärte, die Verschmelzung müsse in ideellen Gründen ihren Ursprung haben; sie dürfe nicht aus rein materiellen Ursachen erfolgen. Der Konzentration des Kapitals müsse die Konzentration der Arbeiterschaft entgegengestellt werden. Schlimme, der Vertreter des ADGB, hob hervor, dass die Industrieverbände der Arbeiter sich organisch entwickeln müssen. Aus 50 Gewerkschaften seien bis jetzt im Verschmelzungsprozess 29 geworden. Die Vereinigung der Kupferschmiede mit dem Metallarbeiterverband werde bestimmt kommen.

SPD. Die Entlastung des Arbeitsmarktes bleibt, wie aus dem neuen Arbeitsmarktbericht der Reichsanstalt hervorgeht, gegenüber dem Vorjahr trotz eines um mehr als eine Million höheren Ausgangspunktes nicht unerheblich zurück. Nach dem Höchststand des Winters nahm im Vorjahr die Zahl der Arbeitslosen bis Ende April um rund 590 000, in diesem Jahr nur um etwa 390000 ab. Ende April waren bei den Arbeitsämtern 5 737 000 Arbeitslose gemeldet.

Die Zahl der Arbeitslosen in England belief sich am 25. April auf 2 652 181; das bedeutet eine Zunahme um 84 849 gegen den 21. März und um 132 068 gegen das Vorjahr. In der Tschechoslowakei wurden Ende April 547 507 Arbeitslose gezählt gegen 633 907 Ende des Vormonats. Die Zahl der Arbeitslosen in Dänemark ist in der letzten Woche von 111 000 auf 102 000 zurückgegangen.

SPD. Die Dresdner Bauunternehmer haben sich eine Schlappe geholt. Sie hatten, da die Notverordnungslöhne am 30. April abliefen, verlangt, dass ab 2. Mai der Stundenlohn für Facharbeiter von 1,15 Mark auf 85 Pfennig und der der Hilfsarbeiter auf 71 Pfennig herabgesetzt werde, und zugleich gedroht, dass ein später in Kraft tretender Tariflohn für die Zwischenzeit nicht vergütet werde. Wo die Arbeiter nicht nachgaben, wurden sie zum Teil entlassen. Der Baugewerksbund sperrte daraufhin eine Reihe von Firmen. Bald darauf erklärten sich verschiedene Arbeitgeber bereit, die Löhne, die der Schlichter festsetzen wird, nachzuzahlen. Die Front der Arbeitgeber bröckelte schnell ab. Die geschlossene Haltung der Bauarbeiter hatte Erfolg.

SPD. Die Vorstandssitzung des IGB, die im Laufe dieser Woche in Berlin stattfinden sollte, ist bis Anfang Juni verschoben worden. Sie wird sich vor allem mit der Reparationsfrage in Verbindung mit der Konferenz von Lausanne und dem diesbezüglichen Antrag der Arbeitergruppe auf der letzten Internationalen Arbeitskonferenz beschäftigen. Ausserdem stehen auf der Tagesordnung die Besprechung des Entwurfs der sozialpolitischen Richtlinien des IGB, die Fragen des Vierländerkomitees, des Antikriegskomitees und der gemeinsamen Abrüstungskonferenz mit der Sozialpolitischen Arbeiterinternationale. An den Besprechungen werden neben dem Generalsekretär alle Vorstandsmitglieder des IGB teilnehmen.

Wirtschaft Technik Handel

Bedenkliche Projekte.

Irrwege in der Arbeitsbeschaffung.

SPD. Die Reichsregierung hat bis jetzt von ihren Arbeitsbeschaffungsplänen so gut wie gar nichts an die Oeffentlichkeit dringen lassen. Was man aber hier und da von den Projekten des Kabinetts, die in den letzten Tagen stark gefördert sein sollen, hört, ist z.T. geeignet, lebhafte Bedenken wach zu rufe

Das ganze Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung soll darauf abgestimmt sein, möglichst viele Arbeitslose zu erfassen. Das ist wünschenswert und dafür kann man sich nur einsetzen. Man will, wenn die Gerüchte, die in den letzten Tagen kursierten, zutreffen, rund eine Million Menschen wieder in den Produktionsprozess einreihen. Was das bedeutet, brauchen wir nicht auseinander zu setzen. Man lasse eine Million Menschen nur einige Wochen arbeiten und die ganze deutsche Wirtschaft wird das als Segen und Ankurbelung empfinden. Mit einer zusätzlichen Beschäftigung von rund einer Million Menschen ergeben sich endlich Ansätze, die Wirtschaft aus jenem Morast herauszuholen, in den sie Ueberspekulationen und Fehlinvestitionen, Grössenwahnsinn und Unzulänglichkeit Verkennung der Zusammenhänge zwischen Kaufkraft und Masseneinkommen, aber auch politische Demagogie und Unverantwortlichkeit, kurz und gut, das gesamte kapitalistische System hineingestossen haben. Der Schwerpunkt jedes Arbeitsbeschaffungsprogramms muss bei der Ankurbelung liegen.

Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das eine Million Menschen in die Produktion einreihen will, kostet viel Geld. Eine entsprechende Aufstellung, die kürzlich veröffentlicht wurde, veranschlagt die Kosten bis Ende des laufenden Jahres auf 2 000 Millionen Mark. Es entsteht die Frage, wie diese enormen Summen aufzubringen sind? Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie weisen dafür einen gangbaren Weg, indem sie die mögliche Kreditausweitung bei der Reichsbank und die Erfassung des Strumpf- und Fluchtkapitals durch Anleihen empfehlen. Diesen Weg will die Regierung aber anscheinend nicht gehen. Sie scheint hinsichtlich der Finanzierung eines Teils ihres Arbeitsbeschaffungsprogramms auf eine der leider allzu üblichen Patentlösungen verfallen zu sein. Sie will die Kosten für die Finanzierung drücken, indem ein Teil der Arbeitslosen, die durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm wieder in die Produktion eingereiht werden, auf die gebräuchliche und übliche Entlohnung verzichtet. Die Pläne sollen soweit gehen, dass diese Arbeitslosen im Rahmen der sogenannten Arbeitsdienstpflicht für das Essen und Trinken zu arbeiten haben.

Man führt dafür psychologische Gründe ins Feld. Man sagt, Hauptsache sei vorerst, die Arbeitslosen von der Strasse zu bringen. Die Notwnedigkeit, besonders die Jugendlichen, die doch in einigen Jahren die Bataillone der deutschen Facharbeiter stellen müssen und auf denen die Qualität der deutschen Waren bald beruhen wird, in die Werkstätten und die Fabriksäle zu bringen, soll nicht geleugnet werden. Wir halten diese Notwendigkeit für ein Problem, mit dem die Vormachtstellung der deutschen Industrie steht und fällt. Die Frage ist nur die, ob der Weg, Hunderttausende nur für Essen und Trinken arbeiten zu lassen, der richtige ist? Wir müssen das verneinen. Und zwar aus rein wirtschaftlichen Ueberlegungen.

Der Wert jedes Arbeitsbeschaffungsprogramms liegt, wie bereits bemerkt, bei der Ankurbelung. Wenn eine Million Menschen wieder verdienen und wieder

kaufen kann, dann nur kann sich Warenbedarf einstellen. Dann gibt es wieder Aufträge. Dann können die Industrie, das Handwerk, der Handel, die Landwirtschaft usw. wieder arbeiten. Nur so können sie wieder rentabel produzieren. Zu Ankurbelung gehört eben Schaffung von Kaufkraft. Kaufkraft kann man nur schaffen, indem man die Arbeiter anständig bezahlt. Lässt man aber Hunderttausende arbeiten, ohne dass man sie bezahlt, nur für Essen und Trinken, dann wird das für die übrige Industrie nicht viel bedeuten. Das ist ein Schlag ins Wasser. Die Ankurbelung der Wirtschaft, die man vom Arbeitsbeschaffungsprogramm erwartet, muss dann ausbleiben. Man schleppt einige Hunderttausend Menschen, die infolge der wegfallenden Bezahlung bald unzufrieden werden, durch. Man schafft Unzufriedenheit und Missmut, vergrössert den sozialen Gefahrenherd. Für die Belebung der Wirtschaft kommt bei diesen Methoden nichts heraus.

SPD. Am Dienstag hat es an der Berliner Produktenbörse zur Abwechselung einmal eine Roggenhausse gegeben. Der Roggenpreis erhöhte sich von einem Tag zum andern pro Tonne um fünf Mark auf 205 bis 207 Mark. Der Roggenmehlpreis machte die Bewegung allerdings nicht mit. Der Preis stellte sich am Dienstag nach wie vor pro 100 Kilogramm auf 25,80 bis 27,60 Mark. Selbstverständlich ist aber, dass der Roggenmehlpreis früher oder später auf die beträchtliche Steigerung des Roggenpreises reagieren wird. Jetzt aber, vor der Ernte und in einer Zeit fürchterlichster Wirtschaftsnot, Mehl und Brotpreise zu steigern, ist kompletter Wahnsinn. Auch die Landwirtschaft hat nichts von einer solchen Entwicklung. Setzt sie sich aber durch, dann muss die Landwirtschaft mit einem jähen Preissturz rechnen, wenn die neue Ernte auf den Markt kommt. Jeder denkende Landwirt muss zugeben, dass das nicht in seinem Interesse liegt.

Die Preissteigerung für Roggen an der Berliner Produktenbörse am Dienstag ist auf ein Abkommen zurückzuführen, wonach die Mühlen innerhalb der Provinz Brandenburg in Zukunft 30 Prozent brandenburgischen Roggen zu vermahlen haben. Man will also die Vermahlung von Russenroggen, mit dem das Reichsernährungsministerium den Bedarf bis zur neuen Ernte deckt, mit diesem Vermahlungszwang zurückdrängen. Welche Wirkungen dieses Abkommen haben muss, zeigt die Roggenhausse an der Berliner Produktenbörse.

Wir halten es für selbstverständlich, dass die Reichsregierung d.h. das Reichsernährungsministerium bezw. die Getreidehandelsgesellschaft Massnahmen ergreift, damit die Hausse nicht auf das Roggenmehl überspringt. Die in Frage kommenden Stellen haben die Pflicht, den Russenroggen verbilligt abzugeben, um eine Steigerung der Roggenmehlpreise zu vermeiden. Wir hoffen, dass sich die Regierung recht bald dazu entschliesst, obwohl dadurch für die Reichskasse ein nicht unerheblicher Verlust entsteht. Wer aber einmal A gesagt hat, muss aber auch wohl B sagen.

SPD. Von den rund 474 Millionen Mark, um die die Reichsbank Ende April ihren Kredit zur Ueberwindung des Monatsultimos ausweisen musste, sind in der ersten Maiwoche nur 187,2 Millionen Mark zurückgeflossen, womit sich der von der Reichsbank gewährte Kredit Ende der ersten Maiwoche auf 3 628,3 Millionen Mark stellt gegenüber 3 638,3 Millionen Mark gegen Ende der ersten Aprilwoche. In der ersten Maiwoche hat der Wechselkredit sogar um 100 000 Mark auf 3 145,7 Millionen Mark zugenommen. Der Lombardkredit, der ja um ein Prozent teurer ist als der Wechselkredit, verringerte sich dagegen um 171 Millionen Mark auf 111 Millionen.

Die ganze Bewegung steht im Gegensatz zu der üblichen Entwicklung. Ohne Zweifel hat die Wirtschaft mit der Deckung ihres Kreditbedarfs bis zur Diskontherabsetzung der Reichsbank zurückgehalten. Die Herabsetzung des Diskonts

auf fünf Prozent hat sich also in der ersten Maiwoche bereits ganz beträchtlich ausgewirkt. Anscheinend geht man dabei so weit, dass man teuere Auslandskredite durch billigere Reichsbankkredite ersetzt.

Die Währungsreserve hat sich um 5,1 Million Mark auf 984,4 Millionen Mark vermindert. Im einzelnen nahmen die Goldbestände um 7,7 Millionen Mark auf 851,1 Millionen Mark ab und die Bestände an Deckungskrediten um 2,6 Millionen auf 133,3 Millionen Mark. Die Deckung der Noten durch Gold und Deckungsdevisen stellt sich auf 24,7 Prozent gegenüber 24 Prozent in der Vorwoche.

SPD. Auf der Generalversammlung der I.G. Farbenindustrie, die am Dienstag in Frankfurt stattfand, ging der bekannte Chemiker Geheimrat Bosch auf das Problem der internationalen Wirtschaftskrise ein. Er tat das in einer Weise, die sich von der ungeschickten Tapserei, durch die gewöhnlich Vertreter der Schwerindustrie bei ähnlichen Gelegenheiten auffallen, vorteilhaft unterschied. Im übrigen sprach sich Bosch grundsätzlich gegen eine Autarkie aus, die am Dienstag die Nationalsozialisten im Reichstag als Allheilmittel feierten.

Bosch führt die fürchterliche Krise auf das Misstrauen in der Welt und auf den Protektionismus, der zu immer höheren Zöllen und zu Einfuhrbeschränkungen treibt, zurück. Die Folge des freiwilligen Abschlusses, der Autarkie, zeigten sich in einer nie gekannten Arbeitslosigkeit. Ohne dauernde und endgültige Reparations- und Schuldenregelung sei die Schaffung einer neuen Vertrauensbasis für den Kredit- und Handelsverkehr und damit eine Besserung der Wirtschaft unmöglich. Der Versailler Vertrag sei die erste und wichtigste Ursache für den Zusammenbruch des Weltvertrauens. Angesichts des Protektionismus in der Welt könne man es der deutschen Wirtschaft nicht verdenken, wenn sie Abwehrmassnahmen ergreift. Grundsätzlich falsch sei es aber, unter diesem Gesichtspunkt eine autarkische Abschaltung der deutschen Wirtschaft von der Welt durchzuführen. Abwehrmassnahmen seien angebracht, damit unsere Partner in der Welt wieder zur Vernunft zurückkehren. Abwehrmassnahmen aber dürften nicht so geführt werden, dass, ohne deutschen Wirtschaftszweigen zu nutzen, gute und sichere Märkte verloren gehen. Jeder internationalen Konferenz müsse als Endziel die Lösung der Völker aus ihrer wirtschaftlichen Verkrampfung vor Augen schweben. Das könne nur erreicht werden durch Streichung aller politischen Schuldverpflichtungen, durch Wiederherstellung einer gesunden Vertrauensbasis und durch den automatischen Abbau der Zölle und den Wiederaufbau der Handelsbeziehungen in gegenseitigem Vertrauen und gegenseitigem Verständnis.

Das Geschäft des Farbentrusts hat selbstverständlich unter der Krise im neuen Jahre gelitten. Am meisten befriedigt noch der Absatz in Farben und Färbereihilfsprodukten. Das pharmazeutische Geschäft leidet unter den Sparmassnahmen der Krankenanstalten. Der Inland-Stickstoffmarkt zeigt gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von 12 Prozent. In der Benzinproduktion (Leuna) musste eine Drosselung vorgenommen werden infolge des in Volkenroda, woher die I.G. Farbenindustrie ihr Rohöl bezieht, ausgebrochenen Schachtbrandes.

Das Unternehmen hat seit dem 1. Januar 1932 in Oppau und Merseburg die 40-Stundenwoche konsequent durchgeführt.

SPD. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat am Dienstag zu dem Kampf zwischen Auto und Eisenbahn Stellung genommen und sich in eindeutiger Weise für ein Reichskraftverkehrsmonopol ausgesprochen. Anscheinend gehen die Darlegungen der Reichsbahngesellschaft auf ein bereits in allen Einzelheiten ausgearbeitetes Projekt zurück.

Um die Kontrollen gegen Aussenseiter durchführen zu können, verlangt die Reichsbahngesellschaft eine gesetzliche Regelung der Organisation des Kraftverkehrsgewerbes. Die freiwillige Zusammenfassung des gewerbsmässigen Güterfernverkehrs in einer Hand genüge nicht, um erneuter Zersplitterung durch Aussenseiter vorzubeugen, wodurch die bisher erzielte Vereinfachung und Vereinheitlichung immer wieder in Frage gestellt wird. Notwendig sei die Konstituierung eines ausschliesslichen Beförderungsrechts, das selbstverständlich in die Hand des Reiches gehöre. Das Beförderungsrecht des Reiches im Güterfernverkehr mit dem Kraftwagen bilde die Voraussetzung für die gleichmässige Behandlung aller Gebiete im deutschen Reich und aller Verkehrsinteressenten. Der Befürchtung, dass mit dem Beförderungsrecht die Verwendung des Kraftwagens in den Hintergrund gedrängt wird, lasse sich mit der Festlegung einer Beförderungspflicht begegnen. Um beide Verkehrsmittel ihrer besonderen Eigenart entsprechend einsetzen zu können, sei eine betriebliche Zusammenfassung von Reichsbahn und Kraftwagen im Güterfernverkehr notwendig. Eine Betriebseinheit ergäbe auch Einsparungen in der Verwaltung.

SPD. Der Berufungssenat des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung hat die Berufungen der Bausparkassen Baubund "Fortuna" in Frankfurt a.M., Mitteldeutsche Bau- und Hypothekensparkasse in Erfurt, Allgemeine Bausparkasse in Köln und "Hilfe" in Osnabrück zurückgewiesen. Bei der Bausparkasse Deutsche Erde in Wüstenrot hat der Berufungssenat die Untersagung des Geschäftsbetriebs und die Bestellung eines Vermögensverwalters aufgehoben.

Berliner Viehmarkt.

(10.Mai.)

SPD. Auf allen Märkten war das Angebot durchaus genügend. Wenn sich die genügende Beschickung auf die Preisentwicklung nicht entsprechend ausgewirkt hat, dann ist das wohl darauf zurückzuführen, dass die bevorstehenden Pfingsttage die Nachfrage immerhin steigern. Jedoch machte man die Erfahrung, dass die kommenden Festtage nicht in besonders grossem Ausmass auf den Fleichgrossmarkt einwirken. Die Kaufkraft der breiten Bevölkerung hat so sehr gelitten, dass sie selbst für die verhältnismässig tief liegenden Fleischpreise nicht ausreicht. Auf dem Hammelmarkt gaben die Preise in allen Klassen nach. Bei glattem Geschäft konnten auf dem Schweinemarkt die Preise für Feiertagsschweine anziehen. Höhere Preise wurden für Mittelkälber bezahlt, während für beste Mast- und Saugkälber ebenso wie für geringere Kälber die letzten Preise angelegt wurden.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfd.) - (-), b) (240-300 Pfd.) 35 - 37 (36-37), c) (200-240 Pfd.) 35-37 (35-36), d) (160-200 Pfd.) 33-35 (33-34), e) (120-160 Pfd.) 30-32 (28-31), Sauen 32-33 (33.) Kühe: a) 25-27 (25-28), b) 20-24 (20-24), c) 16-19 (16-19), d) 12-15 (13-15). Kälber: a) - b) 48-57 (48-57), c) 30-48 (30-45), d) 18-28 (18-28). Schafe: a) - b) 34-36 (35-37), c) 30-33 (32-34), d) 22-29 (21-30).

Roggenhausse.

(Berliner Produktenbörse vom 10. Mai.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse kam am Dienstag eine ausserordentlic feste Stimmung für Roggen zum Durchbruch. Wie behauptet wurde, steht eine neue Verordnung der Regierung bevor, die den Mühlen der Provinz Brandenburg eine 30prozentige Beimahlungsquote für Inlandsroggen vorschreibt. Obwohl sich dieser Beimahlungszwang nur auf diejenigen Mengen Roggenmehl erstrecken soll, die ausserhalb der Provinz Brandenburg zur Verwendung kommen, machte sich gleichwohl sofort eine starke Nachfrage nach deutschem Roggen bemerkbar. Da das Angebot nicht grösser geworden ist, konnte prompter Roggen im Preise um 5 Mark anziehen. Am Markte der Zeitgeschäfte zeigten sich nur wenig Veränderungen. Im allgemeinen lagen die Notierungen etwa auf der Höhe des Vortages. Weizen hatte im Gegensatz zum Roggen eine sehr schwache Tendenz. Bei schleppendem Mehlabsatz war die Nachfrage der Mühlen noch immer sehr gering, während aus zweiter Hand grösseres Angebot an Weizen vorlag. Infolgedessen ging die Notiz für prompten Weizen um 3 Mark zurück, während sich am Markte der Zeitgeschäfte nur geringere Abweichungen zeigten. Der Mehlmarkt blieb weiter leblos. Die Nachfrage gestaltete sich sehr schleppend; die Preise waren unverändert. Hafer hatte stetige Tendenz. Bei reichlichem Angebot an Lokoware blieben die Preise unverändert.

	9. Mai	10. Mai
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	276 - 278	273 - 275
Roggen	200 - 202	205 - 207
Braugerste	187 - 194	186 - 193
Futter= und Industriegerste	179 - 186	178 - 185
Hafer	164 - 169	164 - 169
Weizenmehl	33,10 - 36,60	33,00 - 36,50
Roggenmehl	25,80 - 27,60	25,80 - 27,60
Weizenkleie	11,60 - 11,90	11,60 - 11,90
Roggenkleie	9,75 - 10,25	9,75 - 10,25.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 283 - 285 (Vortag: 286½), Juli 282¼-283½ (283¾), September 226½ (227¼), Roggen Mai - (198), Juli 198 (198), September 182¾-184 (184½), Hafer Mai 174¼ (174¾), Juli 178-177¾ Brief (178½), September 154 (154).

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)		..... RM	1,30 - 1,55
" " Weizenstroh "		..... RM	1,05 - 1,20
" " Haferstroh "		..... RM	1,05 - 1,20
" " Gerstenstroh "		..... RM	1,05 - 1,20
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt		..... RM	1,35 - 1,65
Bindfadengepresstes Roggenstroh		..... RM	1,30 - 1,45
" " Weizenstroh		..... RM	1,15 - 1,30
Häcksel	Tendenz ruhig	..... RM	1,90 - 2,10
Handelsübliches Heu, gesund und trocken		..... RM	1,45 - 1,65
Gutes Heu, gesund und trocken		..... RM	2,10 - 2,55
Luzerne, lose		..... RM	2,50 - 2,80
Thymothee, lose		..... RM	2,50 - 2,80
Kleeheu, lose		..... RM	2,30 - 2,60
Drahtgepresstes Heu	Tendenz behauptet	..... RM	0,40 über Notiz.

Deutscher Reichstag

62. Sitzung vom 10. Mai, 11 Uhr.

SPD. Reichstagspräsident Löbe gibt bei Eröffnung der Sitzung ein Telegramm bekannt, in dem der Präsident der französischen Kammer dem Reichstag den Dank ausspricht für die Beileidsbekundung zum Tode von Doumer und Albert Thomas.

Die erste Beratung des Schuldentilgungsgesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Bang (Dn) nennt es eine leere Farce, wenn der Etatdem Reichstag vorgelegt wird, obwohl die Regierung jetzt schon die Absicht verkündet, im Falle seiner Nichtannahme den Etat durch Notverordnung in Kraft zu setzen. Ein Reichstag, der auf sein höchstes verfassungsmässiges Recht, nämlich auf die gründliche Beratung und Verabschiedung des Etats verzichtet, handelt selbst verfassungswidrig. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Baltrusch (Volksnat.R.Vgg.) stimmt dem Schuldentilgungsgesetz zu. Ohne Abschaffung der Tribute kann unsere Wirtschaft nicht wieder in Gang gebracht werden. Wir erwarten, dass in Lausanne das "Nein" des Reichskanzlers aufrecht erhalten wird. Wir lehnen einen weiteren Lohnabbau ab, auch wenn er sich hinter dem Schlagwort "Auflockerung der Tarifverträge" verbirgt.

ABg. Strasser (Nat.Soz.): Seit 1930 hat sich trotz der inzwischen aufeinander folgenden gewaltigen nationalsozialistischen Wahlsiege an der Reichspolitik nichts geändert. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben auf ihrem Kongress einen viel vernünftigeren Standpunkt eingenommen als die Sozialdemokratische Partei. Ueber das Arbeitsbeschaffungsprogramm dieser Gewerkschaften lässt sich reden. Wir sind bereit, daran mitzuarbeiten und sehen in dem im Organ der "Freien Gewerkschaften" von Woytinski dafür entworfenen Finanzierungsplan viele Gedanken, die unsere Gedanken sind. Den Regierungsplan der Sparprämien-Anleihe lehnen wir ab. Wir werden Arbeit schaffen durch die Schaffungvon Eigenheim-Siedlungen. An dem Tag, an dem wir die Regierung übernehmen, wird der erste Spatenstich dazu gemacht. (Beifall.) Noch immer sind viele Millionen Moor und Oedland urbar zu machen. Hier könnte die Arbeitsdienstpflicht sich bewähren (laute Zwischenrufe der Kommunisten). Die Kommunisten empören sich über die Arbeitsdienstpflicht nicht, weil sie sie brutal finden, sondern weil sie fürchten, dass die damit verbundene Erziehung zum deutschen Staat ihnen ihre Zersetzungspläne zerstört! (Lebh.Beifall b.d.Nat.Soz.) Die in der freien Wirtschaft ausgeführten Arbeiten müssen zum Tariflohn bezahlt werden, für die übrigen Arbeiten ist die Arbeitsdienstpflicht da. Ein staatliches Roggenmonopol wird sich nicht vermeiden lassen, wenn wir endlich das Lohnproblem lösen wollen. Die Kontrolle der Lebensmittelpreise und die Ausschaltung der Spekulation mit notwendigen Lebensmitteln ermöglicht es dem Staat, erst, dem Lohn eine wertbeständige Grundlage zu geben. Eine Neuorganisation der Elektrizitätswirtschaft muss dem jetzigen Wucher bei den Licht- und Strompreisen ein Ende machen. Wir erkennen an, dass Brüning an alle Probleme mit dem besten Willen herangegangen ist (Rufe b.d.Komm.: "Er biedert sich an beim Zentrum!"), aber es war ihm unmöglich, seine Pläne durchzuführen, weil er seine ganze Kraft darauf verwenden musste, die heterogenen Parteien zusammenzuhalten, mit denen er regiert. Mit einer Vielheit von kleinen Parteien kann man in dieser schicksalsschweren Zeit nicht regieren, sie müssen weg. (Beifall b.d.Nat.Soz. - Unruhe).

Abg. Hepp (Landvolk) schliesst sich dem nationalsozialistischen Vorredner in der Kritik der Wirtschaftspolitik der Regierung in vielen Punkten an. In Deutschland gebe es keinen Menschen, der eine Fortzahlung der Reparationen für möglich halte. Das Verbot der nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln werde von der Landvolkpartei in keiner Weise gebilligt.

Minister Schiele habe das grosse Werk durchgeführt, den deutschen Getreidebau in der schwersten Zeit vor dem völligen Verfall zu bewahren. Anzuerkennen sei auch die Tätigkeit des Ministers Schlange. Die Schutzmassnahmen für den bäuerlichen Veredelungsverkehr hätten leider den erhofften Erfolg nicht gehabt. Das sei auf die unglückliche Zusammensetzung des Kabinetts zurückzuführen.

Damit ist die erste Beratung des Schuldentilgungsgesetzes beendet. Die Nationalsozialisten beantragen Ueberweisung der Vorlage an den Haushaltsausschuss. Dieser Antrag wird im Hammelsprung mit 264 gegen 209 Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen abgelehnt. Es folgt die zweite Beratung, in der das Schuldentilgungsgesetz gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen angenommen wird. § 8, der die Ermächtigung zur Sparprämien-Anleihe für die Arbeitsbeschaffung enthält, wird im Hammelsprung mit 245 gegen 224 Stimmen angenommen. Die Deutsche Volkspartei hat mit der Opposition gestimmt. Die dritte Beratung wird später stattfinden.

Es folgt die allgemeine politische Aussprache, mit der die Misstrauensanträge und die Anträge gegen das Verbot der kommunistischen Gottlosen-Organisation und gegen die Aufhebung der nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln verbunden sind.

Abg. Grassmann (Soz):

Als am Montag Dr. Breitscheid auf den bekannten Artikel von der Goltz in der "Diktatur" hinwies, haben Sie (nach rechts) die Echtheit bestritten. Hier ist die Folge 31 der "Diktatur", und ich verlese nochmals die Ausführungen des Herrn von der Goltz, dass die Nationalsozialisten die Grenze gegen einen feindlichen Einfall solange nicht verteidigen würden, als das heutige System besteht. (Der Redner verliest diesen Artikel und fügt hinzu:) Sie sind wieder einmal angerannt gegen eine unwiderlegliche Tatsache, die Ihren inneren Wesenskern schonungslos enthüllt!

Herr Bang hat heute alles Uebel auf die Kapitalzerstörung zurückgeführt, nicht aber auf das Kapital selbst. Dabei ist die Geschäftsführung der sogenannten Wirtschaftsführer längst schon als ruinös auch vom Standpunkt ihrer eigenen Interessen aus gesehen bekannt geworden. In der so verarmten und angeblich so bedrückten Wirtschaft sind heute 2½ mal soviel Direktoren beschäftigt, als vor dem Kriege. Sie und die Zehntausende Verwaltungsräte erhalten an Bezügen und Tantiemen 1,5 bis 2 Milliarden jährlich, etwa eben so viel, als die Dividende für die Aktionäre beträgt. Die etwa 4 Millionen Arbeiter derselben Betriebe erhalten in derselben Zeit nur etwa das Vierfache dessen, was die Verwaltungsräte und Direktoren bekommen haben. Herr Strasser hat heute bestritten, dass es überhaupt Kapitalfehlleitungen gäbe. Wir verstehen darunter die Hereinnahme von Krediten unter Umständen, die oft sehr drückende Schulden für Einrichtungen darstellen, die in kurzer Zeit unrentabel werden. Aus der Fülle dieser Fehlleitungen sind zahlreiche Beispiele bekannt, so die Errichtung einer neuen Schachtanlage durch den Stahltrust Mitte 1931, der für eine Million Tonnen Förderung eingerichtet war, eine grosse Kokerei und Stickstoffabrik umfasst und 90 Millionen gekostet hat, die durch kurzfristige Auslandsanleihen aufgebracht wurden. Zwei Monate lang wurde mit Hochdruck Kohle gefördert, um durch den Leistungsnachweis eine entsprechende Quote zu erhalten. Die Kohle wurde nicht verkauft, sondern auf Halde gelegt. Und dann stellte sich heraus, dass die neue Schachtanlage infolge schlechter Ausnutzung zuviel kostet, sie wird stillgelegt! (Hört! Hört!) Die Kokerei ist überhaupt nicht ausgenutzt, die Stickstoffabrik arbeitet zu einem Drittel. Ganz gleiche Vorgänge haben sich bei der Gewerkschaft Ewald und bei einer neuen Bembergfabrik ereignet.

Das Institut für Konjunkturforschung berichtet, dass im März 1931 die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Verhältnis zur Arbeitsstundenkapazität

45,1 % im März d.J. nur noch 34,9 % betragen hat. Es ist also eine ungeheure Vergeudung der Produktionsanlagen erfolgt.

In einem Bericht vom 13.April d.J. sagt das Konjunkturinstitut, dass bis 1931 vor allem die Produktion an Gütern des elastischen Bedarfs gesunken ist, also desjenigen, dem man für einige Zeit ausweichen kann, dass aber seit Mitte 1931 im Gegenteil die Produktion der Güter des starren Bedarfs stärker vom Rückgang erfasst worden ist. Das ist ein Zeugnis der Schwere der inneren Depression, die durch die fortgesetzten Lohnsenkungen verschärft wurde; sie waren immer von einem Anschwellen der Arbeitslosenziffer begleitet und haben neben all' den Drosselungemassnahmen der Länder und Gemeinden zu einem Zustand geführt, der eigentlich jeden Deutschen mit Scham erfüllen müsste. Wir sehen heute ein Bettelwesen, wie wir es früher als Charakteristikum des Orients angesehen haben. (Der Redner führt zahlreiche Berichte aus den verschiedensten Teilen des Reiches an, die den grauenhaften Umfang der schlimmsten Not beweisen.) Die Herren der Wirtschaft, die hier gesprochen haben, sagen dazu - nicht Welch' furchtbare Bankerotterklärung! Die Leute, die vor aller Welt als die grossen Männer dastanden, sind heute ratlos. Ich verweise auf die bekannten Äusserungen von Professor Keynes und auf den Brief des amerikanischen Notenbankgouverneurs Montagunorman an den Direktor der Bank von Frankreich Bonnet, worin der Zusammenbruch des Kapitalismus binnen einem Jahr vorausgesagt wurde. Norman wünschte, dass diese Prophezeiung aufgezeichnet werde, damit man sie zu gegebener Zeit nachprüfen könne.

Das Ergebnis der fehlernhaften Massnahmen der sogenannten Wirtschaft ist zunehmende Arbeitslosigkeit, die nicht nur eine moralische und politische, sondern auch eine gesellschaftliche Gefahr bedeutet. Wir haben vor einigen Wochen auf dem Krisenkongress des ADGB die beschämende Tatsache festgestellt, dass die deutsche Öffentlichkeit gegen die Not der Arbeitslosigkeit so abgestumpft ist, dass die Veröffentlichungen über ihren Stand mit demselben Gleichmut registriert werden, wie etwa die Wetterberichte. (Hört! Hört! links) Herr Strasser hat uns heute ein Heldenepos abgeleiert, wie sich seine Partei die Verminderung der Not denkt, und wie sie sich entschlossen habe, nicht zu warten, bis sie im Besitz der Macht ist, sondern das bis dahin sorgfältig gehütete Geheimnis dessen, was sie tun will, auf dem Altar des Vaterlandes preiszugeben. Da darf ich vielleicht daran erinnern, dass die von Ihnen soviel geschmähten freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie seit länger als zwei Jahren an allen zuständigen Stellen gewirkt, gebohrt, gemahnt und gefordert haben, dass rechtzeitig eingegriffen wird, ehe die Arbeitslosigkeit zu einer solchen Lawine anwächst. Wir haben im Januar 1930 planmässige Arbeitsbeschaffung gefordert, im Februar 1930 ein Verbot der Ueberstunden und Verkürzung der Arbeitszeit, im Mai 1930 Rationierung der Auftragserteilung, damit nicht weiter Ueberstunden geleistet und die Arbeitslosigkeit der anderen vermehrt wird. Im Februar 1931 haben die Spitzengewerkschaften dem Reichspräsidenten gegenüber als dringendste Gegenwartsaufgabe die Wiedereinführung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess und die zusätzliche Arbeitsbeschaffung bezeichnet. Wir haben dieses Programm im Sommer v.J. auf unserem Kongress in Frankfurt/Main erweitert und uns damals für den Plan eingesetzt, den der viel zu früh verstorbene Albert Thomas mit seiner glühenden Energie verfolgt hat, um durch internationales Zusammenwirken Arbeit und Kredite zu beschaffen. Am 13.April d.J. hat unser Krisenkongress es als besonderen Skandal bezeichnet, dass angesichts von mehr als 6 Millionen Arbeitslosen noch immer in gewissen Erwerbszweigen über 48 Stunden gearbeitet und vielfach Ueberstunden gemacht werden. Dabei sind z.B. in der Schuhindustrie Zehntausende schon seit 6 Jahren ununterbrochen arbeitslos. (Lebh.Hört Hört! links.) Trotzdem aber nehmen Pensionäre und Doppelverdiener noch immer den Arbeitslosen das Brot weg.

Ein Volk wie das Deutsche, das landwirtschaftliche Ueberschussgebiete verloren hat, würde durch die Autarkie nur seinen eigenen Export noch mehr erschweren, als dies bereits infolge unserer eigenen Zollgesetzgebung von den Ausfuhrländern geschieht. Auf die vage Aussicht hin, dass vielleicht in Jahrzehnten ein von Herrn Strasser vorgeschlagenes Programm durchgeführt wird und gelingt, können wir uns nicht zur Autarkie bekennen. Wir wissen nicht, was uns die nächsten Monate bringen und können uns daher nicht auf so weite Sicht festlegen. Im vergangenen Herbst hat Minister Stegerwald aufgefordert, alle Kräfte zusammenzufassen, um nur einigermassen über den Winter zu kommen. Da können wir umso weniger phantastischen Projekten nachjagen. Wir dagegen versuchen, unmittelbar wirksame Massnahmen durchzuführen. Unser Krisenkongress hat solche Forderungen besonders für die jüngeren Arbeiter aufgestellt, die in verschiedenen Gewerben einen stärkeren Anteil an der Arbeitslosigkeit haben als ihrer zahlenmässigen Stärke entsprechen würde. Ein guter Teil dieser jungen Leute gehört heute zu der Klientel der Flügelparteien, denn sie reagieren menschlich auf einen im Tiefsten als ungerecht empfundenen Zustand; sie fühlen sich nicht mehr an die menschlichen Gesetze gebunden, da auch ihnen gegenüber das Recht auf Selbsterhaltung vermeintlich nicht gewahrt werde. Sie erwarten von einem Wunder die Rettung. Dieser Zustand ist aber auch eine Gefahr für die künftige industrielle Entwicklung Deutschlands, denn wenn der alte Schlag der hochqualifizierten Arbeiter ausstirbt, wenn diese nichtausgebildeten Jugendlichen an ihre Stelle kommen, dann sieht es schlecht um die Leistungen aus. (Sehr wahr!)

Es würde auch, wenn wir die Rationalisierung rückgängig machen könnten, ein guter Teil Arbeitsloser übrig bleiben. Die Schuhindustrie hat z.B. 1927/30 um 10 % weniger produziert, ihre Arbeitslosigkeit aber ist um 60 % gestiegen. Das ist mehr, als durch die arbeitsparenden Maschinen erklärt wird. Auch bei einer günstigen Konjunktur würden etwa 30 % der Schuharbeiter erwerbslos bleiben. Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche. Dabei meinen wir, dass bei den arbeitsparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel kürzer sein könnte. Der Referentenentwurf des Arbeitsministeriums ist ungenügend. Wir verlangen die Arbeitszeitverkürzung für alle Erwerbsgruppen, besonders auch für die Metallindustrie, die der Entwurf ausnehmen will. (Lebh.Zustimmung links) Würde uns ein unvorgesehenes Wunder eine Konjunktur wie 1929 schaffen, so würden wir dann die vorhandene Apparatur auch nur zu 75 % ausnutzen können. All' denen, die auchdann nicht in Arbeit kommen würden, kann und muss durch unerhörte Opfer aller Volksschichten geholfen werden. Die Verkürzung der Arbeitszeit muss mit einem Einstellungszwang verbunden sein.

Nach eingehender Darlegung und Begründung der Arbeiterschutzforderungen und des Arbeitsbeschaffungsprogramms des freigewerkschaftlichen Krisenkongresses und der zugleich gemachten Deckungsvorschläge - das Geld wäre nützlicher angewendet, als wenn man es vielleicht für Tumultschäden ausgeben müsste - erklärt sich Abg. Grassmann im Namen seiner Partei gegen die Arbeitsdienstpflicht. Der freiwillige Arbeitsdienst darf die Bedingungen der freien Arbeit nicht gefährden und nur als Zusatzarbeit von Jugendlichen eintreten. Herr Strasser hat einen Gegensatz zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei konstruieren wollen. Seine Anbiederung an die freien Gewerkschaften rührt uns nicht, zumal seine Partei uns bisher immer in nicht wiederzugebender Weise beschimpft und verleumdet hat. Hitler hat im Mai 1931 zu Dr. Otto Strasser geäussert, die Arbeiter wollten nur Brot und Spiele. (Widerspruch der NS) Von der Herrenmoral spricht doch Ihre ganze Literatur, das können Sie doch nicht ableugnen. (Es geschieht doch!) In seinem Buch "Mein Kampf" nennt Adolf Hitler die freien Gewerkschaften Instrumente des vergiftenden Klassenkampfes; er ruft nach dem Drachentöter gegen uns. (Die NS suchen alle diese Zitate abzuleugnen, ebenso die folgenden Richtlinien ihrer Betriebsorganisa-

tionszentrale.) Sie haben sich freilich ihre Betriebsagitation etwas abgewöhnen müssen, als die Eiserne Front kam. Ihre NSBO geht ähnlich wie die RGO auf die Zersplitterung der Gewerkschaften aus. Die Richtlinien sagen allerdings auch: "Bedenken gegen uns sind bei den Pg. Arbeitgebern zu zerstreuen." (Stürmische Hört Hört! Rufe links) Durch Hetze gegen die "Bonzen" soll nach diesen Richtlinien in den Arbeitern der Neid erweckt und auf diese Weise der Block der Gewerkschaften gesprengt werden. (Zurufe des Pg. Graf Reventlow.) Wir sind und bleiben Marxisten, weil uns die Lehre von Marx täglich bestätigt, was wir erleben. Den Klassenhass haben wir nicht geschaffen, er ist aus der Ausbeutung und Rechtlosigkeit des Proletariats erwachsen. Den Klassenkampf werden Sie uns nicht austreiben, damit würden wir ja nur uns selbst, unsere Organisationen aufgeben. Wenn Sie erst in die Lage kommen sollten, ihre Versprechungen erfüllen zu müssen, werden Sie es nicht können und zerfallen. Ihnen ist Ihre so heterogene Partei Selbstzweck. Wir aber, freie Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei, fühlen uns als Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse. Wir fühlen uns als die Organisationen der Arbeiterschaft, die in allen Stürmen ihr die Treue halten, und weder mit Aushöhlung noch mit Terror werden Sie uns niederzwingen. Der unerschütterliche Glaube an den Sozialismus, der mit der Brutalität Bismarcks, mit der Zuckerbrotpolitik Wilhelms fertig geworden ist, er wird auch diese Zeit der Stürme überdauern, er wird uns zum Siege führen! (Stürmischer Beifall der Soz.)

Abg. Göring (NS) spricht dem Kabinett Brüning das Misstrauen aus, gibt ihm die Schuld an aussenpolitischen Misserfolgen, schreibt den deutschen Wahlsieg im Memelgebiet - Hitler zu, behauptet einen deutschen Sieg in Danzig und erklärt, solange die Hitlerpartei da sei, werde Danzig nicht in polnische Hände fallen. Das Verbot der SA und SS betrachten wir als die moralische Abrüstung des nationalen Freiheitswillens durch die Regierung. Diese Sturmabteilungen und Schutzstaffeln sind keine Privatarmee, sondern sie dienten ausschliesslich demSchutz unserer Partei gegen den Mordterror der Gegner. (Beifall rechts. - Unruhe und Zwischenrufe links.) Wenn das Material Severings erst gerichtlich geprüft ist, wird die Beschuldigung des Landesverrats gegen uns in nichts zerflattern. Wir wollen doch die Ressortgrenzen achten, für Landesverrat sind Sie (zu den Soz.) zuständig!

Die Sozialdemokraten protestieren erregt, man hört Zurufe: "Dieser Lump will uns beschimpfen" usw. - Vizepräsident Esser ruft Göring zur Ordnung. Einige Sozialdemokraten verlangen den Ausschluss Görings, der fortfährt: Ich frage den Reichskanzler, ob es richtig ist, dass Botschafter von Hoesch in wiederholten Telegrammen das Verbot der SA für die Abrüstungskonferenz und für die weiteren internationalen Verhandlungen als dringend notwendig bezeichnet hat?

Reichskanzler Dr. Brüning: Darauf kann ich sofort antworten, dass in keinem Telegramm des Botschafters von Hoesch von einem Verbot der SA auch nur die Rede war. (Lebh.Hört! Hört! Rufe links - Zuruf: Schon wieder eine nationalsozialistische Lüge zerplatzt!)

Abg. Göring fortfahrend: Während die SA verboten wird, lässt man das Reichsbanner bestehen, das zum grösstenteil aus Sozialdemokraten besteht, also aus Angehörigen einer Partei, die die Kriegsdienstverweigerung proklamiert hat. (Erregte Protestrufe der Soz. - Abg. Sollmann (Soz): Sie sind ein Lügner. - Abg. Dr. Frick (NS): verlangt einen Ordnungsruf gegen Sollmann.- Abg. Sollmann: Ja, ich habe Göring wesen seiner verlogenen Verleumdung meiner Partei einen Lügner genannt und wiederhole das! - Vizepräsident Esser ruft Sollmann zur Ordnung.) Ohne die SA wäre die Ordnung im Innern überhaupt nicht erhalten worden. Die Nationalsozialisten werden Deutschlands Grenzen stützen, aber sie werden vorher mit den Verrätern im Innern aufräumen. (Lebh.Beifall der NS.)

Reichsinnenminister Groener:

Gegen die Bemerkung des Abg. Göring, das SA-Verbot bedeute die moralische Abrüstung des deutschen Freiheitswillens lege ich auf das Ernsteste Verwahrung ein. (Lebh. Zurufe rechts - Gegenrufe links. - Abg. Dr. Frick (NS) nach links: Infame Burschen hat der da gesagt. Wir verlangen Ausschliessung oder wir greifen zur Selbsthilfe! - Minutenlanger Lärm, bis der Vizepräsident endlich wieder Ruhe schaffen kann.) Herr Abg. Göring hat in ausserordentlich warmer Weise .... (Gelächter der Mehrheit - Rufe "Röhm II") .... die Vaterlandsliebe der SA gerühmt. Es war aber für die Staatsautorität nicht erträglich, dass 400 000 tatbegierige junge Leute nur ihrem Parteiführer zur Verfügung stehen, und nicht dem Staat. Ich kann hier nicht das Material vortragen das uns in die Hände gefallen ist, aber einiges muss einmal gesagt werden zur Erläuterung der Worte Hitlers in Lauenburg. (Erregte Zwischenrufe der Abgg. Göring und Frank II.) Hier steht schwarz auf weiss: "Kleine polnische Banden sind abzuwehren. Sobald ein Aufmarsch regulärer Truppen erfolgt, rückt die SA in die befohlenen Bereitstellungsräume". Als Grund ist angegeben: "Wir wollen unserem Führer unbedingt die SA zur Verfügung halten." (Zuruf der NS: Na, Ihnen doch nicht etwa! - Zuruf links! Das ist das Bekenntnis des Landesverrats!) Wenn unsere Grenzen bedroht werden, dann müssen wir von jedem Deutschen verlangen, dass er sich dem Reich zur Verfügung stellt, einschliesslich der SA und einschliesslich Hitlers (Beifall der Mehrheit, Lachen und Unruhe der NS). Die SA war bis zum Herbst 1930 verhältnismässig harmlos. Erst mit dem Erscheinen des Hauptmanns Röhm ist ein neuer Zug in die SA gekommen. (Grosse Heiterkeit links und Rufe: "Ein warmer Zug".) In der Tatsache, dass die ganze SA in der Hand eines einzelnen Mannes ein unbedingt fügsames Werkzeug ist, liegt eine besondere Gefahr. Ich erinnere nur an den Hitlerputsch (andauernder Lärm der Nazi). Die Forderung eines Verbots des Reichsbanners konnte nicht begründet werden, denn die SA sind gegen den Staat eingestellt, das Reichsbanner dagegen für den Staat. (Lärm und Lachen der NS.)

Der Minister verliest dann einen Brief an den Reichspräsidenten, worin er die Gründe darlegt, aus denen nach seiner Meinung das Reichsbanner nicht zu verbieten ist; Minister Groener fährt fort: Wenn Abg. Göring behauptet, ohne die SA gäbe es keine Ruhe und Ornung in Deutschland, so antworte ich, ohne die SA hätten wir seit Jahren Ruhe und Ordnung im Staate. (Stürmischer Beifall der Mehrheit.) Wenn Abg. Göring die Vaterlandsliebe nur für seine Partei in Anspruch nimmt, so ist das eine unerhörte Anmassung. Die Vaterlandsliebe hat in allen Parteien ihre Stätte, und ich will dafür wirken, dass sie im ganzen deutschen Volke immer stärker wird. (Beifall der Mehrheit, Lärm und Lachen der NS.)

Abg. Strasser (NS): Ich beantrage, dass diese Groener-Rede von den Schallplatten in ganz Deutschland verbreitet wird (Heiterkeit), und dass wir eine Pause machen, damit das Reichskabinett darüber entscheidet, ob dieser Mann weiterhin die öffentliche Sicherheit und die Armee in Deutschland in der Hand behalten kann. (Die NS begleiten diese Worte Strassers mit lautem Beifall und Gelächter.)

Vizepräsident Esser weist den Abg. Strasser wegen seines Angriffs auf den Minister aus dem Saale. Die Nationalsozialisten protestieren lärmend gegen die Massnahme des Vizepräsidenten. Strasser bleibt im Saale und seine Freunde bringen laute Heilrufe aus.

In dem ungeheuren Lärm verlässt gegen 6 Uhr Vizepräsident Esser seinen Platz und unterbricht dadurch die Sitzung.

Reichsinnenminister Groener:

Gegen die Bemerkung des Abg. Göring, das SA-Verbot bedeute die moralische Abrüstung des deutschen Freiheitswillens lege ich auf das Ernsteste Verwährung ein. (Lebh. Zurufe rechts - Gegenrufe links. - Abg. Dr. Frick (NS) nach links: Infame Burschen hat der da gesagt. Wir verlangen Ausschliessung oder wir greifen zur Selbsthilfe! - Minutenlanger Lärm, bis der Vizepräsident endlich wieder Ruhe schaffen kann.) Herr Abg. Göring hat in ausserordentlich warmer Weise .... (Gelächter der Mehrheit - Rufe "Röhm II") .... die Vaterlandsliebe der SA gerühmt. Es war aber für die Staatsautorität nicht erträglich, dass 400 000 tatbegierige junge Leute nur ihrem Parteiführer zur Verfügung stehen, und nicht dem Staat. Ich kann hier nicht das Material vortragen das uns in die Hände gefallen ist, aber einiges muss einmal gesagt werden zur Erläuterung der Worte Hitlers in Lauenburg. (Erregte Zwischenrufe der Abgg. Göring und Frank II.) Hier steht schwarz auf weiss: "Kleine polnische Banden sind abzuwehren. Sobald ein Aufmarsch regulärer Truppen erfolgt, rückt die SA in die befohlenen Bereitstellungsräume". Als Grund ist angegeben: "Wir wollen unserem Führer unbedingt die SA zur Verfügung halten." (Zuruf der NS: Na, Ihnen doch nicht etwa! - Zuruf links! Das ist das Bekenntnis des Landesverrats!) Wenn unsere Grenzen bedroht werden, dann müssen wir von jedem Deutschen verlangen, dass er sich dem Reich zur Verfügung stellt, einschliesslich der SA und einschliesslich Hitlers (Beifall der Mehrheit, Lachen und Unruhe der NS). Die SA war bis zum Herbst 1930 verhältnismässig harmlos. Erst mit dem Erscheinen des Hauptmanns Röhm ist ein neuer Zug in die SA gekommen. (Grosse Heiterkeit links und Rufe: "Ein warmer Zug".) In der Tatsache, dass die ganze SA in der Hand eines einzelnen Mannes ein unbedingt fügsames Werkzeug ist, liegt eine besondere Gefahr. Ich erinnere nur an den Hitlerputsch (andauernder Lärm der Nazi). Die Forderung eines Verbots des Reichsbanners konnte nicht begründet werden, denn die SA sind gegen den Staat eingestellt, das Reichsbanner dagegen für den Staat. (Lärm und Lachen der NS.)

Der Minister verliest dann einen Brief an den Reichspräsidenten, worin er die Gründe darlegt, aus denen nach seiner Meinung das Reichsbanner nicht zu verbieten ist; Minister Groener fährt fort: Wenn Abg. Göring behauptet, ohne die SA gäbe es keine Ruhe und Ornung in Deutschland, so antworte ich, ohne die SA hätten wir seit Jahren Ruhe und Ordnung im Staate. (Stürmischer Beifall der Mehrheit.) Wenn Abg. Göring die Vaterlandsliebe nur für seine Partei in Anspruch nimmt, so ist das eine unerhörte Anmassung. Die Vaterlandsliebe hat in allen Parteien ihre Stätte, und ich will dafür wirken, dass sie im ganzen deutschen Volke immer stärker wird. (Beifall der Mehrheit, Lärm und Lachen der NS.)

Abg. Strasser (NS): Ich beantrage, dass diese Groener-Rede von den Schallplatten in ganz Deutschland verbreitet wird (Heiterkeit), und dass wir eine Pause machen, damit das Reichskabinett darüber entscheidet, ob dieser Mann weiterhin die öffentliche Sicherheit und die Armee in Deutschland in der Hand behalten kann. (Die NS begleiten diese Worte Strassers mit lautem Beifall und Gelächter.)

Vizepräsident Esser weist den Abg. Strasser wegen seines Angriffs auf den Minister aus dem Saale. Die Nationalsozialisten protestieren lärmend gegen die Massnahme des Vizepräsidenten. Strasser bleibt im Saale und seine Freunde bringen laute Heilrufe aus.

In dem ungeheuren Lärm verlässt gegen 6 Uhr Vizepräsident Esser seinen Platz und unterbricht dadurch die Sitzung.